Nr. 22. Halle a. S., Mittwoch den 27. Januar 1904. 15. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg. vierteljährlich 1,80 Mk. pränumer. frei ins Haus, durch die Post bezogen 1,65 Mk. exkl. Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezieh-bar, kostet monatlich 10 Pf. vierteljährlich 30 Pfg.
Telephon Nr. 1047.
Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Geiststr. 21. Hof 2 Tr. Redaktion: Geiststr. 21. Hof 2 Tr.

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Wohnungs-, Arbeit-u. Gewerkschaftsversammlungs-Anzeigen 10 Pfg. Im redaktionellen Teile offet die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungs-Liste unter Nr 8132.

Es bleibt bei der Diätenlosigkeit.

Seit Beendigung der Weihnachtsferien ist im Reichstage von einem beschlußfähigen Hause keine Rede mehr. Der Arbeitseifer der Neuen wie der Alten ist schnell erschlafft. Schuld daran trägt in erster Linie die Diätenlosigkeit der deutschen Volksvertretung. Es war daher eine passende Illustration zur Notwendigkeit der Diätenzahlung, daß gestern sofort beim ersten Etat, der zur Beratung gelangte, bei dem des Reichstags, die nationalliberale Resolution auf Einführung von Anwesenheitsgeldern und auf Gewährung ungehinderter freier Fahrt auf allen Eisenbahnen während der Session mit zur Besprechung stand. Wir haben gestern die Resolution im Wortlaut mitgeteilt.

Die Stellung der Parteien zu dieser alten Forderung des Parlaments ist unverändert geblieben. Gegner der Diätengewährung sind die Konservativen und ein Teil der Reichspartei; der andere Teil der Reichspartei gehört zu den Freunden der Diäten, aber zu jenen gefährlichen Freunden, die für die Einführung der Diäten „Kompensationen" in Gestalt einer Verschlechterung der Geschäftsordnung des Reichstags fordern. Eine gewaltige Mehrheit ist also im Reichstag für die Forderung vorhanden. Das hindert aber die Regierung durchaus nicht, bei ihrem konsequenten Nein zu bleiben. Gestern war es Graf Posadowsky, der die Ablehnung der Forderung mit dem fadenscheinigen Grunde motivierte, die Regierung halte die Verfassung hoch. Tatsächlich scheitert die Reform an dem Widerstand Preußens, das mit der Gewährung von Diäten einmal dunkle Wahlrechtsgeschäfte machen möchte.

Wäre es den Mehrheitsparteien Ernst damit, die Diäten durchzudrücken, so hätten sie genug Machtmittel in der Hand, um den Widerstand der Regierung zu brechen. An eine wirkliche Machtprobe denken aber sie nicht, und so bleibt alles leeres Gerede. Diese Gesichtspunkte wurden in der Debatte von den Rednern unserer Fraktion, den Genossen **Pfannkuch** und **David**, entwickelt.

Pfannkuch trug gleichzeitig noch Klagen der Presse über die mangelhaften Einrichtungen vor, unter denen sie im Reichstage bei der Erfüllung ihres Berufes zu leiden hat. Auch der Reichstagsdiener nahm sich unser Genosse an, die, so weit sie diätarisch beschäftigt sind, während der reichstagslosen Zeit keinen Pfennig erhalten. Seine Anregung, ihnen während dieser Zeit die Hälfte ihres Gehalts als Wartegeld zu bezahlen, fand aber keine Gegenliebe bei den bürgerlichen Parteien. Genosse **Südekum** brachte die Schleuderkonkurrenz zur Sprache, die das offiziöse Wolffsche Telegraphenbureau mit seinen Reichstagsberichten und Stimmungsbildern treibt. Die Stimmungsbilder werden Stück für Stück für 50 Pf. ausgeboten. Für diesen billigen Preis können die Verleger der Schundpresse in der Provinz ihren Lesern die Verherrlichungen des Reichskanzlers und des jeweiligen Kurses vorsetzen. Trotz der bestimmten Angaben, die Südekum machte, verhielt sich die Regierung mäuschenstill. Vielleicht gelingt es aber beim Etat des Reichskanzlers, dem Grafen Bülow selber die Zunge über diese skandalöse Preßkorruption zu lösen.

Nachdem der Etat des Reichstags angenommen war, ging das Haus zum Reichsamt des Innern über, an den sich immer die große sozialpolitische Debatte knüpft. Die Fülle der Resolutionen sozialreformatorischen Inhalts, deren das Zentrum allein nicht weniger als ein Dutzend eingebracht hat, wurde diesmal zwar abgesondert und wird erst in unmittelbaren Anschluß an diesen Etat erledigt. Trotzdem setzte sofort eine Debatte größeren Stils ein, so daß aus dem Hause nur die Abgg. Trimborn und Genosse Richard Fischer-Berlin zu Worte kamen. Der Zentrumsredner stimmte sein Loblied auf die gegenwärtige Aera der Sozialreform unter bissigen Ausfällen auf unsere Partei an. Dann begründete er die zahlreichen Forderungen des Zentrums mit solcher Wärme, als hätte das Zentrum keine dringendere Herzenssache als diese Reformchen, und gab dann die „objektive" Feststellung seiner Partei über den Krimmtischauer Streik zum besten, selbst in dem Urteil dieser bürgerlichen Partei werden sich die dortigen Unternehmer nicht gern spiegeln.

Genosse Fischer ging mit dem Zentrumsredner scharf ins Gericht. Er hielt ihm vor, daß seine Partei die sozialpolitischen Forderungen nicht in Form von Gesetzentwürfen sondern in der von unverbindlichen Resolutionen vorgebracht habe. Er zeigte noch einmal mit aller Deutlichkeit, wie frivol die Unternehmer im Krimmitschau verfahren sind und verfahren. Das ganze Gerede von dem störenden „Republikanismus" und der „nörgelnden Kritik" wies er mit leichter Mühe zurück und schloß mit einer glänzenden Apostrophe an die deutsche Arbeiterschaft.

Graf Posadowsky philosophierte demgegenüber nach ein paar schwächlichen Bemerkungen zur Sache über die Regierungs-Unfähigkeit der „Masse".

Dann vertagte das Haus die Fortsetzung der Debatte auf heute, nachdem vorher noch der sächsische Geheimrat Fischer sich vorbehalten hatte, an einem späteren Zeitpunkt das undankbare Geschäft wieder aufzunehmen, seine Regierungsmohren weiß zu waschen.

So bleibt alles hübsch beim alten. Allen ernster gemeinten Fortschritten gegenüber verhält sich die Regierung ablehnend, selbst dann, wenn eine **bürgerliche** Partei als Antragsteller auftritt. Und wenn dann nach Jahren nichts vom Flecke gerückt ist, tritt der Reichskanzler hin, wirft sich in die Pose eines Staatsmannes und fragt die Sozialdemokraten, was sie geleistet hätten. — — „Mein Sohn, du ahnst nicht, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird!"

Tagesgeschichte.

Halle, 26. Januar.

Preußischer Landtag.

Im **Abgeordnetenhause** wurde gestern die Etatsberatung fortgesetzt. Der bekannte Scharfmacher, der freikonservative Abg. Freiherr v. **Zedlitz** leitete sie mit einer nahezu zweistündigen Rede ein. Er pries die Verdienste des verstorbenen Führers Eisenbahnministers Manbach, verlangte von der Regierung Förderung der Landwirtschaft, sprach im Sinne der Miquelschen Sammelpolitik und erkannte schließlich an, daß Graf Bülow in der Kanalvorlage vor den Kanalgegnern den Kotau vollzogen habe. In seiner höhnischen Art behandelte er dann den Niedergang des Liberalismus und das Wachstum der Sozialdemokratie. Mit hämischer Freude konstatierte er, daß das Dreiklassenwahlrecht den Einzug der Sozialdemokratie in den Landtag verhindert habe, und ohne jede Prüderie versicherte er, daß die von ihm und seinen Freunden geplante „Wahlrechtsreform" so eingerichtet sei, daß die Sozialdemokratie nach wie vor von der Vertretung im preußischen Junkerparlament ausgeschlossen bleibe. Das heute bestehende Vereins- und Versammlungsrecht ist ihm noch nicht reaktionär genug. Er möchte am liebsten noch besondere Bestimmungen gegen den Versammlungsbesuch von Minderjährigen. Mit Emphase verlangte Frhr. von Zedlitz am Schluß seiner Rede die baldige Vorlage eines Gesetzes, welches die Schulunterhaltungspflicht regelt.

Nach dem freikonservativen Führer nahm der Minister des Innern Frhr. v. **Hammerstein** das Wort, um zu erklären, daß unter der heutigen Regierung niemals die Grundlage des jetzt bestehenden Landtagswahlrechts geändert werden würde. Auf der Rechten ertönte Bravo, auf der Linken herrschte Unruhe, aber die Bemerkung konnte eigentlich niemanden überraschen. Die Männer, die heute am Steuer des Staatsschiffes sitzen, sind würdige Nachfolger der Minister aus der dunkelsten Reaktionszeit, die dem Märzsturm des Jahres 1848 folgte. Erfreulich war die Mitteilung des Ministers, daß die Regierung den Gedanken an die Ausführung des Scherlschen Sparsystems aufgegeben hat. Die vom Minister geplante Novelle zum preußischen Vereinsgesetz wird in der Hauptsache sich gegen die Anwendung der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen richten.

Für die Freisinnige Vereinigung sprach dann der Abgeordnete **Brömel**. Im wesentlichen führte er die Kritik, die schon Abg. Richter geübt hatte, fort. Da auch er sich scharf gegen die Einrichtung des Totalisators gewandt hatte, nahm der Landwirtschaftsminister v. **Podbielski** Veranlassung, die für Förderung der Pferdezucht im Etat eingestellten höheren Summen zu rechtfertigen. Die Quintessenz der Podbielskischen Ausführungen war die Ankündigung, daß die vielen privaten Wettbureaus unterdrückt, das Spielen am Totalisator aber erleichtert werden solle. Die Unsittlichkeit des Wettspiels soll also ihres privaten Charakters entkleidet und vom Staate selbst gefördert werden. Aber einer Rede des polnischen Abgeordneten v. **Jadzewski**, der sich in sehr gemäßigter Form über die Unterdrückung der Polen beklagte, antwortete in schärfster Weise der Minister des Innern. Es besteht danach kein Zweifel, daß die unglückselige Polenpolitik noch in verstärktem Maße weitergeführt werden soll. Die Schlußworte des Ministers: „Wir Preußen haben zu befehlen und Ihr Polen habt zu gehorchen," werden für weitere Erbitterung in der polnischen Bevölkerung sorgen. Der letzte Redner war der konservative Abgeordnete **Irmer**, der sich vornehmlich mit den Nationalliberalen auseinandersetzte und selbstverständlich für ein christliches Volksschulgesetz eintrat. Heute wird die Debatte fortgesetzt.

22] [Nachdruck verboten.]

Im Wirbel.

Ein Buch aus der Anarchie des Lebens.

Von **Karl Morburger**.

Die fünf haben sich niedergelassen. Auch mit dem Bier hatten sie Glück. Ein Kellner war in der Nähe. Noch während des Sanges stießen sie die Gläser zusammen. Ein unausgesprochenes „Prost der Roten!"

Wie der Sang zu Ende, hastet die Jart los:

„Ich bab' mit der Gabi schon dicke Freundschaft geschlossen. Du Gabi — damit kein Mixton in die Gesellschaft kommt, mußt Du auch mit meinem Mann Bruderschaft trinken. Das heißt, natürlich Dein „freier Wille" in allen Ehren!"

Es geschieht lachend.

„So, jetzt kann's gemütlich werden!" kicherte Fanni. „Wenn wir uns alle fünf so gut unterhalten, wie ich und die Gabi."

„Worüber hast Du mit ihr geplaudert?" frägt Haller.

„Na, ratet einmal!"

Jart sagt neckend:

„Na, wovon sprechen denn Mädels untereinander: von Kleidern oder vom Tanzen."

„Oho!" protestieren die Mädchen und Fanni ruft: „Es gibt noch ein drittes, das Euch nichts angeht und ein viertes, daß Euch angeht: die Liab'!"

„Unsinn!" lacht Jart, „über die **spricht** man doch nicht!"

„Ja, aber ich bab' der Gabi eine Vorlesung über die freie Liebe gehalten."

Die drei blickten zu Gabi hinüber und sind erfreut, daß sie nicht rot, nicht verlegen, nicht von Prüderie befallen wird.

„Nun?" frägt Haller, „wie hat Dir **diese** Lektion gefallen?"

Gabi bleibt ernst.

„Ja, weißt Du — wenn ich mir das so überlege, ich begreife nicht, wie man anders lieben kann."

Alle nicken zustimmend. Gabi greift nach dem Glase und ruft, fast leidenschaftlich:

„Der neuen Liebe!"

Man trinkt ihr zu. Jart lächelt und sagt langsam:

„Ja, neu ist diese Liebe nicht! Die Urmenschen haben sie schon besessen, und viele gute und glückliche Leute haben ihr das Sein verdankt. Na, und die Bourgeoisie — betätigt sie nicht auch so eine Art der freien Liebe? Was führt sie zu Maitressen und Prostituierten? Natürlich bleibt sie immer nur einseitig frei. Na, und schließlich, das Wort „freie Liebe", das ist ja ein ganz famoser Hohn auf die Ehe," — einige Züge an der Pfeife — „wenn sie der Gegensatz zur freien Liebe ist, ist sie die unfreie Liebe, die Liebe der Sklaven. Na, wo's Sklaven gibt, muß es auch Sklavenhändler geben. — Aber was ich sagen wollte, wir sind doch keine Kinder, die einer Tatsache ausweichen, die um den Brei kriechen. Wir können doch ein offenes Wort miteinander sprechen. Nicht wahr?"

Ein allseitiges „Gewiß!"

Wieder ein Ziehen an der Pfeife. Dann lange und bedächtig:

„Gabi — Du glaubst für Steinmüller bestimmt zu sein?"

Ein rückhaltloses, offenes:

„Ja!"

„Und er — na, wir sind doch alle über die sentimentalen Deutungen der Liebe hinaus. Wir wissen doch, daß sie von Körper zu Körper spricht. Er verzehrt sich nach einem Körper, der ihm verwehrt ist. Das macht ihn krank. Denn was in uns steckt, muß heraus. Bleibt es weiter in ihm, dann geht er daran zu Grunde, physisch und psychisch. Das ist gewiß. Hm, Gabi — Du möchtest Steinmüller davor bewahren?"

„Wenn ich es nur könnte!"

Eine kleine Pause.

„Mir ist da vorhin ein Gedanke gekommen. Hm, ein sehr interessantes Experiment. Hm — Ihr sagt, die Gabi sieht der Pepi sehr ähnlich — gut! Ein Blut ist es ja auch — hm, ich meine, wenn der Gabi so viel daran liegt, den Steinmüller zu — zu befreien — Ihr versteht mich — sie ist der Pepi am ähnlichsten, sie hat dasselbe Blut — wenn das eine Medikament nicht erhältlich ist, genützt oft ein verwandtes Mittel — hm — hm — vielleicht, Ihr versteht mich — vielleicht genügt Gabi zu Steinmüllers Befreiung."

Ein langes Schweigen. Der Gedanke hat eingeschlagen. Gabi hat er mächtig erfaßt. Wie eine Erleuchtung erscheint er ihr, wie eine Mission, die ihr die Natur erteilt. Sie ist entflammt. Nur eine bange Frage drängt sich ihr auf:

Ob sie wirklich genügt, Steinmüller zu befreien?

XV.

Am gleichen Abende herrscht in der Fillingerschen Villa in Hitzing reges Leben. Pepi hat einige aus ihrem Bekanntenkreise für den Abend eingeladen — zu einer Ueberraschung. Eine Ueberraschung bei der Kahlenbergerin — das kann gut werden, und die Geruſenen kamen. Gegen acht Uhr erschienen die ersten. Sie erhielten den Bescheid, in den kleinen Salon zu gehen und sich dort allein zu vergnügen. Pepi werde nicht vor neun Uhr erscheinen können. Die geplante Ueberraschung bedinge das. Als kleine Entschädigung sei ihnen das Rauchen erlaubt.

Neue Gäste kommen, und auch sie werden nach dem kleinen Salon gebeten.

Es ist nahe an neun Uhr. Die Geladenen sind vollzählig, vierzehn an der Zahl. Sie bilden kleine Gruppen, schwatzen und rauchen.

Da ist Graf Edöreny, ein ungarischer Hochtory, Oberleutnant bei den Sechser-Dragonern, schlank, schmächtig und abgeiebt. Ihn reizt nur noch Außergewöhnliches. Forcierte Frivolität oder Jungfräulichkeit. Irgend ein besonderer Sinnenkitzel. Pepis Renommee hat ihn angezogen. Er fand sie aber noch nicht so legere, wie er geglaubt. Da blieb er einige Zeit aus. Von der Ueberraschung, die für heute angekündigt, versprach er sich etwas. Deshalb kam er.

Neben ihm sitzt sein Schwager, von Tillenstein,, eine gedrungene Gestalt, mit wulstigen Lippen, borstigem Barte und stumpfen Gesichtszügen, derbe Sinnlichkeit verratend. Edörenys Schwester ist seine Gattin. Der Graf frägt nach ihr und in einem Atem, ob er bei Pepi schon sein Ziel erreicht. Tillenstein beantwortet beides befriedigend.

Langsam, blasiert frägt Edöreny:

„Nun, was macht Du ihr dann noch die Cour?"

Tillensteins Augen funkeln auf. Er zieht schmunzelnd die Oberlippe ein:

„Ah — famoses Weib! Was, das ist ein Körper!"

„Kenn' ihn nicht, reizt mich nicht. Die Kahlenbergerin hat mir noch zu wenig — na, sagen wir: zu wenig Routine!"

„Oho!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219040127-12/fragment/page=0001

Vom Aufstand der Hereros.

Die Nachrichten, die aus Deutsch-Südwestafrika kommen, lauten recht schlimm. Der Kommandant des Kanonenbootes Habicht telegraphierte gestern aus Swakopmund:

Bahn noch immer unterbrochen, hinter Karibib wieder durch Regen zerstört. Zug gestern nur bis Kilometer 209. Ferner wird aus Windhuk gemeldet: Schutztruppe (verstümmelt) meldet durch Kaffernboten zu Fuß am 19. nach Otjimbingwe-Kubas folgendes: Windhuk dauernd bedroht und ist stark befestigt. Durch Landsturm und Einstellung sämmtlicher Pflichtigen und Buren Garnison auf 230 Mann gebracht, zum Teil beritten. Zweite Kompagnie ist auf dem Marsche nach hier vom Süden. Gebirgsgeschütz von Rehobot zurückgefordert, hier außerdem zwei Maschinengewehre. Von Okahandja hier in Windhuk keinerlei Nachricht seit 12. Mit großem Verlust sind Entsatzversuche gescheitert. Patrouillen dorthin sämtlich zurückgeschlagen. Am 15. erfolgreiches Erkundigungsgefecht bei Farm Hoffnung. Bestätigter Verlust: gefallen: Reserveoffizier Boysen, Unteroffizier Paich, Rekrut Weiß, Landwehrmann Zuelot (Worte verstümmelt) Rudolf, Reservist Trölzsch, Germinsky, Lokomotivführer Takert. Ermordet Ansiedler Engbarth, Kozarski, Tausendfreund mit zwei Kindern, Pilet und zwei Frauen, (Wort verstümmelt) Stueber, viele verwundet. Soeben ist gemeldet 5 Haufen Hereros sind auf dem Marsche nach Windhuk. gez. Techow.

Wieder eine Aufsehen erregende Ausweisung.

Am Mittwoch voriger Woche erhielt der in Kiel-Gaarden bei Verwandten wohnende Schuhmacher Kassalynski plötzlich die Mitteilung, daß er Preußen sofort zu verlassen hätte. Der Aufforderung folgte die Tat auf dem Fuße; Kassalynski wurde in Haft genommen und nach zwei Tagen ohne weiteres nach der russischen Grenze geschafft. Als man mit dem Transportierten bei dem ersten Ort an der Grenze angelangt war, weigerten die russischen Behörden sich, den Ausgewiesenen anzunehmen. Ueber das weitere Schicksal bezw. den Verbleib des jungen Menschen ist nicht das geringste bekannt. Kassalynski ist ein gänzlich unbekannter Mensch, der weder in politischer noch gewerkschaftlicher Beziehung jemals hervorgetreten ist. Sein vor Jahren verstorbener Vater war ein russischer Pole. Er selbst ist in Deutschland geboren. Seine gegenwärtig in Westpreußen lebende Mutter ist ebenfalls eine Deutsche. Zwei bisher bei der Mutter wohnende Brüder sind, trotzdem auch sie in Deutschland geboren, ebenfalls ausgewiesen worden. Ein weiterer Bruder des K., wurde nicht betroffen. Der aus Gaarden Ausgewiesene hat sich hier gleichfalls zum Militärdienste gestellt und ist der Ersatzreserve überwiesen worden. Die Ausweisung erscheint also nach allen Richtungen hin als eine unbegreifliche Maßregel.

Für Herrn v. Richthofen ist dieser harmlose Schuhmacher natürlich ein gefährlicher „Anarchist". Was es übrigens mit dem „Anarchismus" der in Deutschland lebenden Russen für eine Bewandtnis hat, zeigt eine Zuschrift, die der bürgerlichen Vossischen Ztg. von bürgerlicher Seite zugegangen ist. Es heißt darin:

„Die Mittel, die von den Gegnern der jetzigen russischen Zustände zur Herbeiführung besserer Verhältnisse angewendet werden, sind: Wort und Schrift, Aufklärung und Propaganda. Gewaltmittel werden gegenwärtig nur noch von einem ganz winzigen Häuflein als zuläßige Kampfwaffe betrachtet. Aber von diesen kommt keiner nach Deutschland, da sie ganz gut wissen, was ihrer hier wartet. Die hier lebenden Russen neigen, sofern sie überhaupt für politische Fragen Interesse haben, meistenteils den Anschauungen der deutschen Sozialdemokraten zu. Man muß aber berücksichtigen, daß unter ihnen 99 von 100 Studenten sind, die eigentlich erst Nationalökonomie und Sozialwissenschaft studieren. Freilich wird eben das Studium dieser Disziplinen von der russischen Regierung als höchst staatsgefährlich und der schärfsten Strafen würdig angesehen; sie hat dieser Anschauung schon ganze Generationen der studierenden Jugend zum Opfer gebracht. Erfährt die russische Polizei, daß ein Student oder eine Studentin sich für soziale und politische Fragen interessiert, politische Versammlungen besucht und sozialistische Schriften liest, so werden die Betreffenden bei der ersten besten Gelegenheit verhaftet und nach mehr oder weniger langer Haft nach einem entlegenen Orte verbannt. Durch diese Behandlung sollen die jungen Leute „ernüchtert" werden, natürlich aber wird das Gegenteil davon bewirkt. Für die in Deutschland lebenden Russen gilt als Kennzeichen ihrer politischen Gesinnung die Lektüre des Vorwärts. Ein solches „Verbrechen" ist hier leicht festzustellen durch Ausfragen der Zeitungsfrau oder der Zimmervermieterin, nötigenfalls auch durch einen polizeilichen Besuch während des Morgenkaffees unter irgend einem Vorwande. Solche Besuche werden von den Polizeibeamten sehr bevorzugt. Es ist wohl nicht ein russischer Student in Berlin zu finden, der nicht mehrere Male damit beehrt wurde. Die Beamten lassen sich bei solchen Gelegenheiten gewöhnlich nicht anmelden, sie klopfen selbst an die Tür an, stellen sich aber nach dem Eintreten gleich höflich vor: „Ich bin Kriminalschutzmann!" und fragen dann nach irgend einer Lappalie, wie etwa nach der Nummer der Matrikel oder des Passes, nach dem Geburtstag der Eltern oder dem Mädchennamen der Mutter u. a. m. Dabei schweifen die Blicke mit großer Geschwindigkeit und doch sehr aufmerksam im Zimmer umher.... Vor einigen Jahren pflegte einer dieser Beamten regelmäßig sogar das Bureau der akademischen Lesehalle aufzusuchen, um durch das Fenster zu beobachten, welche Zeitungen von den russischen Studenten gelesen werden. Nun gibt es wohl Leute, die da meinen, die russischen Studenten sollten doch hier ebenso vorsichtig sein, wie sie es in Rußland gewohnt sind, allein es ist zu bedenken, daß man eben gern seine Fesseln ablegt, selbst wenn man daran „gewöhnt" ist."

Gestorben ist der Herzog von Anhalt in der Sonntagsnacht im Alter von 83 Jahren.

Wieder eine Prachtleistung des Militarismus. Der Berl. Volksztg. wird aus Jena gemeldet: „Unter den dem Militär verbotenen Lokalen, Gasthäusern, Restaurants mit Damenbedienung usw. prangt an erster Stelle „Die Lesehalle in Jena", ein Institut, um das jede Großstadt das thüringische Universitätsstädtchen beneiden könnte. Es ist eine gemeinnützige Stiftung aus den Mitteln eines Fonds der großen Firma Karl Zeiß. In mehreren Sälen, deren Einrichtung vornehme Gediegenheit atmet, stehen hier viele hundert Zeitungen Zeitschriften, eine umfangreiche Büchersammlung jedermann ohne Unterschied des Standes, des Berufes, der Konfession zur Verfügung. In größter Reichhaltigkeit sind die politischen Tageszeitungen aller Richtungen, von der hochkonservativen bis zur sozialdemokratischen vertreten. Fachwissenschaftliche Zeitschriften, belehrte, schönwissenschaftliche Journale, alles findet hier seinen Platz. Warum werden Offiziere und Soldaten von der Benutzung dieses ausgezeichneten Bildungsinstituts ausgeschlossen, für das ihnen das Lesematerial der Kaserne nicht entfernt Ersatz bieten kann?"

Das Warum? ist sehr leicht zu beantworten. Der Militarismus ist seiner ganzen Natur nach kultur- und damit auch bildungsfeindlich. Jener Hauptmann in Magdeburg hat vor kurzem nur zur klar die wahre Meinung aller hohen Militärs ausgesprochen: Der Soldat darf nicht nachdenken. Wenn er erst anfängt zu denken, dann ist es mit der Disziplin vorbei! Der in der Jenenser Lesehalle zur Verfügung stehende Lesestoff regt aber zum Denken an. Darum der Boykott über dieses staatsgefährliche Institut!

Schutz vor Schutzleuten. Wegen Mißbrauch der Dienstgewalt stand dieser Tage vor der Strafkammer zu Metz der 46jährige Polizeikommissar Schilling aus dem Industrieort Hayingen. Vor einiger Zeit erschien bei dem Polizeikommissar eine Italienerin und beklagte sich über ihren Ehemann, der sie mißhandele. Bei der jüngsten ehelichen Szene habe ihr der Mann einen Tritt auf den Unterleib versetzt usw. Den Polizeikommissar interessirte diese Malträtierung, und ihm kam der Gedanke, sich von den erlittenen Verletzungen „eigenhändig" zu überzeugen. Die Italienerin, die glauben mochte, das müsse so sein, ließ sich die Untersuchung seitens des Polizeikommissars gefallen, ohne daß eine ärztliche Kapazität zugegen war. Später jedoch muß sie Aufklärung über die ärztlichen Befugnisse der deutschen Polizeikommissare erhalten haben, denn sie erstattete Anzeige gegen den Beamten. Der Staatsanwalt beantragte gegen Schilling einen Monat Gefängnis, eine Strafe, die das Gericht denn auch aussprach.

Duellepidemie in Sachsen. Nicht drei sondern acht Duelle hat nach den Informationen der Welt am Montag der Rittmeister Krohn zur Wiederherstellung seiner beleidigten Gattenehre ausgefochten. Die Verlustliste weist zwei Schwerverletzte, drei (mit Herrn Krohn selbst vier) Leichtverletzte auf, während sich drei Ehrenmännern das Gottesgericht völlig gnädig erwies. Dazu kommt neuerdings ein Duell in Chemnitz, das zwischen zwei Offizieren ausgefochten wurde. Auf der Verlustliste: ein Toter. Der Rittmeister Hupfeld, der sich mit dem beleidigten Gatten Schriftsteller Freihern v. Ompteda schoß, wird dagegen, wofern er nicht begnadigt wird, für sechs Monate außer Gefecht gesetzt, weil er für die Zeit auf Festung soll. Er wird auf Königstein den Frühling genießen.

Wenn die sehr ernsten wirtschaftlichen Streitigkeiten in Krimmitschau zu ihrer Austragung so viel Blut erfordert hätten wie diese militärischen Liebesabenteuer — wie viel Jahre Zuchthaus hätte das wohl gekostet?

Soldatenselbstmorde. In Wiesbaden stürzte sich der Rekrut Haller vom Infanterie-Regiment Nr. 80 aus einem Fenster des zweiten Stockes der Kaserne auf die Straße herab und verstarb bald an den erlittenen schweren Verletzungen. — In Ingolstadt erschoß sich der Soldat Kalbz vom 10. bayrischen Infanterie-Regiment mit einem Dienstgewehr.

Ein Fähnrich als Soldatenschinder. Der Fähnrich Wilhelm Ostertag des 20. Infanterie-Regiments, ein Bankiers-sohn aus München, schnitt in der Kaserne zu Lindau einem Soldaten wiederholt die Knöpfe ab, die der Mann dann wieder annähen mußte, wobei der Fähnrich meinte: „Du mußt Arbeit haben." Nachdem der Mann endlich in flehendem Tone sagte: „Wenn mir der Herr Fähnrich die Knöpfe immer wegschneidet, werde ich nicht fertig," brüllte der 19jährige Offizierslehrling den Soldaten an mit den Worten: „Was sagst Du da, Du Tropf, Du elender!" und versetzte ihm sechs heftige Schläge ins Gesicht, sodaß dieses anschwoll. Vom Kriegsgericht der 2. bayerischen Division in Augsburg wurde der jugendliche Soldatenschinder wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt und Beleidigung von Untergebenen in Ausübung des Dienstes zu der gewiß sehr milden Strafe von 21 Tagen gelinden Arrests verurteilt. Als straferschwerend (!) zog das Gericht in Betracht, daß den Vorgesetzten fortwährend über die vorschriftsmäßige Behandlung von Untergebenen Belehrung erteilt wird.

Ein Nachfolger Breidenbachs. Der Gefreite und Kapitulant Kahl vom Infanterie-Regiment Nr. 155 wurde vom Kriegsgerichte der 10. Division in Ostrowo wegen Mißhandlung von Rekruten in über hundert Fällen zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Ausland.

Ungarn. Unruhen in Kroatien gehören jetzt zur Tagesordnung. Der Unmut der kroatischen Bauern richtet sich besonders gegen die ungarischen Beamten. Es ist schon zu verschiedenen Kämpfen mit den Gendarmen gekommen.

Belgien. Gegen die offizielle Geschichtsschreibung wendete sich in der Kammer am Freitag Genosse Vandervelde. Bei der Beratung des Unterrichtsbudgets kritisierte er den „Unterricht im Patriotismus" in gewissen Schulen; als er fragte, ob die Lehrer den Tod der Königin mit allen begleitenden Umständen den Kindern wahrheitsgetreu berichten sollen, ob sie zu erzählen hätten, daß die Königin in Verlassenheit gestorben, und daß der König seine Tochter vom Totenbett der Mutter fortgewiesen habe, entstand großer Lärm. Der Minister des Innern De Trooz rief: Ihre Worte sind skandallos! Vandervelde: Sie entsprechen der Geschichte. Der Präsident: Die Geschichte steht über uns! Demblon: Nein, sie steht unter uns! Vandervelde verlangte vom Präsidenten, daß er gegen den Zwischenruf des Ministers einschreite. Der Präsident suchte zu vermitteln und forderte den Redner auf, zum Budget zurückzukehren. Vandervelde erwiderte: Jawohl, aber ich nehme nichts zurück!

Das war in Belgien. Wenn man in Deutschland und und speziell in Preußen einmal den byzantinischen Schwindel, der als „Geschichte" in den Schulen vorgetragen wird, ausräumen wollte, man müßte mit allen jetzigen Lehrbüchern der Geschichte Kehraus machen. Wohl nirgends wird so unverschämt gelogen, wie beim offiziellen Geschichtsunterricht, wo im Handumdrehen Nationalheiden fabriziert werden.

England. Amnestie für einen Burenkämpfer. Oberst Lynch, der als Führer der irischen Brigade im südafrikanischen Kriege auf Burenseite kämpfte und deshalb vor einem Jahre zum Tode verurteilt und dann zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt worden war, ist in Freiheit gesetzt worden. Es heißt, daß der König, bewogen durch die bei seinem Besuch in Irland entgegengebrachten Beweise der Loyalität, diese Maßnahme veranlaßt habe.

Bulgarien. Eine neue Kulturerrungenschaft. Aus Sofia wird gemeldet: Um die Preßhetzereien gegen den Fürsten einzudämmen, wird die Regierung der Sobranje ein Spezialgesetz behufs Bestrafung der durch die Presse begangenen Majestätsbeleidigungen vorlegen.

Asien. Alarmnachrichten vom russisch-japanischen Konflikte. Der Times wird aus Tokio gemeldet, eine am 9. ds. Mts. in Wladiwostok gelandete Abteilung russischer Marinesoldaten nebst Offizieren hätte, ohne von den Zivilbehörden gehindert zu werden, in einem 20 Stunden dauernden Tumult 24 Häuser von Japanern geplündert, Frauen vergewaltigt und Kinder mißhandelt.

Ferner besagt ein am Sonntag aus Söul in Port Arthur eingetroffenes Telegramm, daß die Feindseligkeiten begonnen

---

„Ro ja für Dich! Mir genügt das nicht! Es muß so was Prickelndes dabei sein. Nur keine banale Erotik. So ein kleiner Aufmischer, etwas, das in die Nerven geht. Wenn man das nicht haben kann, ist es noch am angenehmsten, der erste zu sein. So eine Jungfer . . . . ."

„Ja, eine Jungfer!" meldet sich ein dicker kleiner Mann, der hinzugetreten, der Typus des jüdischen Bankiers, der alles mitmacht, was zum „guten Ton" gehört, und darum auch in diesen Räumen nicht fehlt: „Ich bitt' Sie, wo wollen Sie heutzutage eine Jungfrau, bei die Zeiten! Unsere Mädeln halten sich, was wahr is is wahr — Gott sei Dank!"

„Schwören Sie nicht darauf, Herr Fink!"

„Nu, mein Gott, Ausnahmen gibt es schon. Aber, daß sie sich halten, dafür sorgen doch die Bonnen und die Gouvernanten. Aber die Mädeln aus'n Volk — ich bitt' Sie! Fünfzehn Jahr sind sie alt, und mit'n unberührt sein is es, wie es im Märchen heißt: es war einmal!" Er betacht seinen Witz.

Tillenstein schmunzelt:

„Ja, sie haben gleich ihren „Schatz". Das Gesindel schnappt einem die besten Bissen weg!"

„Ich bitt' Sie — die Mädeln sind so dumm — wenn sie wüßten, was für Kapital das ist, wenn sie sich nix so früh an den ersten besten Hungerleider wegwerfen. Sie könnt'n ihr Glück machen!"

„Ja" meint Cöröeny, „so was läßt man sich gern ein Stückchen Geld kosten."

Tillenstein streicht lüstern den Bart. Fink aber meint:

„Ich bitt' Sie — so was is doch eine Rarität! Ueber vierzehn — a Wunder! Und unter vierzehn — das mit'n Gesetz is a heikle Sache!"

Cöröeny lächelt überlegen. Ein leichtes Zwirbeln des Schnurrbartes:

„Da muß man eben seine Verbindungen haben. Und dann — Donnerwetter, wozu ist man Gutsbesitzer! Kommen Sie nur zu uns hinaus — bralle Kerle! Aber nur muß man die Schweine erst baden lassen. Sind ja Schmutzfinke!"

„Macht nichts", grinst Tillenstein — „macht nichts! Landkoll ist nicht ohne. In den Weibern steckt noch Gesundheit, Leben! Aagh! Das ist noch was!"

„Wissen Sie was, meine Herr'n, aufrichtig gesagt, kapriziere' ich mich nir darauf, der erste zu sein. D' Mädeln machen da so viel Geschichten, und ich hab' gern meine Ruh' bei einem Genuß!"

„Das verstehen Sie nicht, Fink! Der erste zu sein — das ist so was, das lohnt noch der Mühe!"

Tillenstein nickt zustimmend.

„Möglich haben Sie recht, meine Herren, aber ich reg' mich nicht gern zu viel auf, nir beim Geschäft und nir beim Vergnügen!"

Er schlendert weiter zu einer Gruppe, die in einer Fensternische sich zusammengefunden. Im Mittelpunkte derselben eine Exzellenz, ein früherer Rittmeister und Minister, Freiherr von Rotenhain, eine soldatische Gestalt mit erkünstelter Jugendlichkeit im Wesen, das mit den grauen Haaren in Widerspruch steht. Neben ihm Dr. Tenner, ein Journalist, der Redakteur eines angesehenen Blattes. Er führt den Kunst- und Theaterteil; ein witziger und gefürchteter Kritiker. Er hat sich seine Zukunft anders gedacht. Drei Jahre hatte er sich von der Clique ferne gehalten, das Märtirium des selbstständigen Schriftstellers durchkostet. Es war zu hart. Er gab irgend einen Plane auf und wurde Tagesschreiber. Ueber sein einziges Streben spottet er nun, und er spottet über alles, das über das Alltagsniveau hinausstrebt. Eine zerfallene Natur, die das Große innerlich neidisch betrachtet und die Banalität als Panier erhoben. Dabei stets mit einer witzigen Bosheit bei der Hand. Er gehörte nicht zu Pepis Verehrern. Sie hatte ihn geladen, und er kam. Neben ihm zwei junge Müßiggänger, die Söhne bedeutender Großindustrieller, Stadler und Fehring. Auch Kastner steht bei dieser Gruppe. Eine Laune der Gastgeberin, daß er ein ständiger Gast in diesen Räumen ist. Vielleicht nur das Verlangen, einen aus ihrer früheren Umgebung um sich zu sehen, vielleicht auch um von Zeit zu Zeit etwas über die Geschwister oder Haller zu erfahren. Kastner ist jetzt sehr beschäftigt. Pepis Bild hat ihn bekannt gemacht, auch hoffen manche, durch seine Vermittelung bei Pepi eine günstige Stimmung hervorrufen zu können. Sie überschütten ihn daher mit rentablen Aufträgen. Er hat jetzt sein Privat-Atelier, ist mit der Tochter eines reichen Bau-Unternehmers verlobt und heiratet in einigen Monaten.

„Aber meine Herren", lächelt die Exzellenz, „Sie werden mir mit meinen grauen Haaren und mit meiner — Erfahrung doch nicht zumuten, daß ich in unsere Schönheit wirklich verliebt bin!"

„Ach Exzellenz, leugnen Sie doch nicht!" wirft Fehring ein, „im übrigen macht das ja Ihrem Geschmack alle Ehre!"

„Nein, nein, mein junger Freund. Sie mißverkennen ganz entschieden meinen Standpunkt. Ich bin zu derlei Torheiten zu — zu klug, möchte ich beinahe unbescheidener Weise sagen!"

„Exzellenz sind wahrscheinlich zu der Sprosse der anspruchslosen „seelischen Freundschaft" — herabgelangt. Exzellenz müssen verzeihen — aber ich habe einmal irgendwo eine kuriose Geschichte von den Löwen gehört, die das Rauben sündhaft finden, wenn . . . ."

„Oh, oh, mein lieber Doktor", lächelt die Exzellenz wieder, „da irren Sie gewaltig. Ich bin noch nicht zahnlos. Fragen Sie nur bei meinem Anwalte nach! Es gibt Tatsachen, sprechende, lebende Beweise allerjüngsten Datums hierfür!"

„Ach, mein Gott, Zahlen sind mathematische Beweise, aber" — die Geste des Geldzählens — „das Zahlen . . . !"

„Doktor, Doktor, Sie werden malitiös und ungerecht. Aber um auf das alte Thema zu kommen. Bei mir ist das so eine eigene Sache. Wie soll ich Ihnen das erklären?"

Ein kurzes Sinnen.

„Ja, so wird es gehen. Also, meine Herren, stellen Sie sich vor, ich wäre Numismatiker, ein leidenschaftlicher Numismatiker. Eine neue Münze taucht auf — da werde ich sie doch gewiß zu erwerben trachten, ehe sie — allgemein in Umlauf kommt. Sie ist teuer — gut, aber dafür ist sie nicht allgemein. Verstehen Sie — ich bin so eine Art Sammler. Dann gewährt es mir ein ganz besonderes Vergnügen, so eine seelische Befriedigung, nach Jahr und Tag zu hören, daß diese Münze einen stabilen Käufer gefunden. Oh sie in einem bürgerlichen Hause oder in einem aristokratischen Palais den Kreis beendet, immer ist es mir eine sehr, sehr liebe Erinnerung, sagen zu können — auch diese Münze ist durch meine Hände gegangen! Ich führe darüber genau Buch — oh, meine Herren, Sie würden darin Namen finden! Und sehen Sie, das ist mein ganzer Ehrgeiz, meine Leidenschaft. Ich bin eben eifriger Sammler!"

Man lacht allgemein.

„Aber ich bitt' Sie, Exzellenz, die Erinnerungen — was hat man davon?"

„Mein lieber Fink — Erinnerungen sind reale Werte."

„Das versteh' ich nicht!"

„Ah, lieber Fink!" sagt Dr. Tenner, „das brauchen Sie auch gar nicht zu verstehen. Aber Exzellenz ist ein Gourmand!"

„Exzellenz, ich bewundere Sie!" schmeichelt Kastner.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219040127-12/fragment/page=0002

haben. Die Kulis, die durch Einstellung der Regierungsarbeiten beschäftigungslos sind, haben im Eingeborenen-Viertel tatsächlich Unruhen hervorgerufen. Patrouillen durchziehen die Stadt.

Dritter allgemeiner Kongreß der Krankenkassen Deutschlands.

Leipzig, den 25. Januar.

hp. Der III. Krankenkassentag wurde heute morgen 10 Uhr durch Simanowski-Berlin eröffnet. Der einzige Punkt der Tagesordnung lautet: Die Stellung der deutschen Krankenkassen zu den Forderungen der Aerzteschaft.

Die Zahl der anwesenden Delegierten beträgt zirka 900. Der große Saal von „Sanssouci" ist dicht besetzt. Baumeister Rost begrüßt den Kongreß im Namen der Leipziger Ortskrankenkasse, indem er auf die besondere Bedeutung gerade dieses Kongresses hinweist. Speziell die Leipziger Krankenkasse stehe in der jetzigen Bewegung mitten drin.

Simanowski teilt mit, daß Einladungen ergangen sind an verschiedene Behörden, z. B.: den preußischen Minister des Handels, die Fraktionen des Reichstages, die Leipziger Stadtbehörden, das Reichsamt des Innern, den preußischen Eisenbahnminister; der Präsident des Reichstags, sowie der Präsident des Reichsversicherungsamtes lehnen in einem Schreiben ab, Vertreter zu entsenden, versichern aber ihr großes Interesse an den Verhandlungen. Vertreten sind die Kreishauptmannschaft Leipzig und der Rat der Stadt Leipzig durch besondere Kommissionen. Von den Reichstagsfraktionen ist die sozialdemokratische durch den Abgeordneten Molkenbuhr, die General-Kommission durch Umbreit vertreten. Herr Regierungsassessor Brach begrüßt den Kongreß im Namen seiner Behörde, sowie im Namen des sächsischen Ministeriums und spricht die Hoffnung aus, daß der Kongreß zur Beseitigung der entstandenen Differenzen zwischen Kassen und Aerzten beitragen möchte. Der Abgeordnete Fräßdorf betont in seiner Begrüßungsrede, daß die Parole des Kongresses nicht sein dürfte: „Krieg den Aerzten, sondern Schutz den Krankenkassen. Der Referent Koch-Berlin unterbreitet dem Kongreß folgende Resolution:

„Als Wahrer der Interessen von Millionen Versicherten weisen die auf dem dritten deutschen Krankenkassenkonareß anwesenden Vertreter deutscher Orts-, Betriebs-, Knappschafts-, Freien Hilfs- und Innungs-Krankenkassen die Anschauung zurück, daß die durch das Krankenversicherungsgesetz geschaffenen sozialen Institutionen den ärztlichen Notstand verschulden, da sie im schreienden Widerspruch steht mit den Tatsachen der nationalen und internationalen Statistik.

Die hier versammelten Krankenkassenvertreter erheben ferner Einspruch gegen die Versuche bestimmter Aerztegruppen, die Abwehrbestrebungen der Krankenkassen gegen unberechtigte ärztliche Forderungen als ausgesprochene sozialdemokratische Maßnahmen in Mißkredit zu bringen, denn in der Tat sind die Kassen aller Organisationsformen, gleichgiltig ob sie unter der Leitung von Staatsbeamten, Unternehmern, Innungsmeistern oder organisierten Arbeitern stehen, einig in der Zurückweisung derartiger Forderungen.

Die Krankenkassenvertreter erblicken in dem übereifrigen Bestreben bestimmter Interessenkreise, den sozialen Gegensatz zwischen den Unternehmern und Arbeitern mit dem zwischen Aerzten und Krankenkassen gleichzustellen, eine wohlüberlegte Irreführung der Versicherten zu gunsten unberechtigter ärztlicher Standesforderungen; denn die Krankenkassen sind keine auf Profit aufgebaute Unternehmen und die Aerzte keine Lohnarbeiter, vielmehr sind die Kassen Wohlfahrtsinstitute und die Aerzte eine Art Sanitätsbeamte, die ein weitgehendes, tatsächliches Verfügungsrecht über Kassenmittel besitzen.

Die Krankenkassenvertreter sehen sich ferner gedrängt, gegen die Haltlosigkeit der in der Aerztepresse auftauchenden Vorstellung, die Krankenkassen seien reine Geldinstitute, aufzutreten, da ja der größte Teil der deutschen Krankenkassen noch nicht einmal den gesetzlich erforderten Reservefonds zusammengebracht hat.

Die Krankenkassenvertreter erklären ausdrücklich, daß sie den Bestrebungen der Aerzte nach Einführung freier Aerztewahl nicht grundsätzlich gegenüberstehen, erachten dieselben aber als Angelegenheit der einzelnen Kassen bezw. Verbände. Der Versuch einer Reihe von Kassen, die freie Aerztewahl durchzuführen, ist an der enormen Steigerung nicht nur der ärztlichen Honorare, sondern mehr noch des Krankengeldes und der Medikamente gescheitert. Sie verhindert infolgedessen den Ausbau der sozialen Fürsorge (Familien-Unterstützung, Rekonvaleszentenpflege usw.) gemäß § 21 des Krankenversicherungsgesetzes.

Die Krankenkassenvertreter halten es für ihre Pflicht, die Krankenkassen auf die charakteristische Tatsache aufmerksam zu machen, daß die Aerzte auf ihren Kongressen vielfach die Frage der freien Aerztewahl mit der Frage der Bezahlung nach Einzelleistung verknüpften.

Sie weisen die Bezahlung nach Einzelleistung auch bei ermäßigten Sätzen als eine den Ruin der Kassen herbeiführende Forderung zurück, welche den ganzen sozialen Zweck der Versicherung zu vernichten geeignet ist; sie macht die Selbstverwaltung zu einem großen Teile illusorisch.

Die Vertreter der Krankenkassen halten den Weg einer direkten Zuwendung von Staatsmitteln an die Aerzte im Interesse der steuerzahlenden Versicherten und der Selbstverwaltung der Kassen nicht für gangbar.

Die Krankenkassenvertreter bezeichnen die ärztliche Forderung, die Personen mit einem Einkommen von mehr als 2000 Mark außerhalb der sozialen Versicherung zu stellen, für sozial rückständig und für die Fortentwickelung der Kassen lähmend.

Die Krankenkassenvertreter erachten eine Aenderung der sich auf den ärztlichen Beruf erstreckenden Bestimmungen der Gewerbeordnung für geboten, da die Krankenkassen gesetzlich zur Gewährung ärztlicher Hilfeleistung gezwungen und somit den Aerzten in die Hände geliefert sind. Der Staat, der den Krankenkassen die Gewährung dieser Leistungen direkt aufbersicht, muß auch gesetzlich für die Möglichkeit ihrer Erfüllung dadurch Sorge tragen, daß er die Aerzte gegen die Bezahlung staatlicher Taxen zur ärztlichen Hilfeleistung gegenüber den Krankenkassenmitgliedern verpflichtet.

Da einzelne Kassen sich vielfach als ohnmächtig gegenüber unberechtigt an sie herantretenden Forderungen erweisen, empfiehlt der Kongreß für alle Orte bezw. Bezirke die Zentralisation aller Kassenarten bezw. den Zusammenschluß zu Verbänden schleunigst zu bewirken.

Die Krankenkassenvertreter erklären zum Schluß, daß sie sich von jeder prinzipiellen Aerztefeindschaft frei wissen und nur bestrebt sind, die sozialen Aufgaben der Krankenkassen mit den Berufs-Interessen der Aerzte in Einklang zu bringen."

Zur Begründung derselben führt er etwa folgendes aus: Die Erwartungen der Aerzte, daß hier auf dem Kongresse viel auf dieselben geschimpft werden würde, werden nicht eintreffen. Nicht um ihren Groll auszulassen, seien die Vertreter der Kassen zusammengekommen, sondern um im Interesse der Kassen zu wirken. In längeren Ausführungen legt er dar, daß an der Misere nicht die Krankenkassen schuld seien, sondern die Ueberproduktion von Aerzten. Es seien nicht zu viel Aerzte, sondern zu wenig Gelegenheit für Betätigung der Krankenpflege; diese müsse weiter ausgestaltet werden. Er weist den Versuch der Aerzte zurück, die Streitfrage auf das politische Gebiet hinüber zu spielen. Die Schulärzte, die Kommunalärzte usw. seien viel schlechter als die der Krankenkassen. Dort aber würden gleiche Forderungen nicht gestellt wie bei den Krankenkassen, dort mache man höchstens eine Faust in der Tasche. Gegenüber den Krankenkassen spielen sich die Aerzte als Gewerkschaft auf, als die ausgebeuteten Proletarier gegenüber den Kassen, den brutalen Arbeitgebern und Ausbeutern. Beides treffe nicht zu. Die Krankenkassen seien keine auf Gewinn abzielende kapitalistische Unternehmen, sondern gemeinnützige Betriebe zu gunsten der Aermsten, der Kranken. Redner geht die vornehmlichsten Vorwürfe der Aerzte gegen die Leitungen der Kassen der Reihe nach durch und weist dieselben unter Beibringung reichhaltigen Materials zurück. Viele einsichtsvolle Aerzte, wie z. B. Dr. Pfeifer, bezeichnen selbst die Einführungen der staatlichen Minimaltaxe als ruinös für die Kassen. Auch die Aerzte seien Menschen und bei Bezahlung der Einzelleistungen würden sicher in vielen Fällen die Zahl dieser Einzelleistungen und damit die Ausgaben der Kassen in hohem Maße steigen; niemand könne kontrollieren, ob nicht der Arzt mehr Konsultationen erteilt habe, als nach Lage der Krankheit notwendig war. Die Honorierung der Aerzte sei in den letzten Jahren seitens der Aerzte erheblich gesteigert worden. Eine gute Bezahlung der Aerzte sei erforderlich, aber alles müsse seine Grenzen haben. Bei Erhöhung der Beiträge habe man auch mit den Arbeitgebern zu rechnen, die bei stärkerer Belastung immer mehr dazu übergehen, Betriebs- und Innungskassen zu gründen. So hätten sich die letzteren in wenigen Jahren um 168 Prozent vermehrt, Redner empfiehlt die einstimmige Annahme seiner Resolution.

In der Diskussion spricht Glogau-Breslau. In einem Breslauer Kr.-K.-Verband sei auf Anraten des Vorsitzenden die freie Arztwahl eingeführt, nach kurzer Zeit aber habe sich herausgestellt, daß dies ein Mißgriff war. Redner verliest das Zirkular eines Arztes an dessen Kollegen, in welchem diese aufgefordert werden, die Kranken möglichst schnell aus der Behandlung zu entlassen, damit die Sache nicht zu teuer würde. Das geschehe wohl, um das freie Arztwahl-System namentlich jetzt nicht zu kompromittieren. Im Ganzen seien die Aerzte zufrieden, nur die jungen Aerzte, die noch keine Praxis haben, bringen zur unbedingten freien Arztwahl.

Gräf-Frankfurt betont das freie Selbstbestimmungsrecht der Kassen. Wenn in einzelnen Städten die freie Arztwahl eingeführt sei, so haben die Aerzte kein Recht, dies überall zu verlangen. Nur wenn die Krankenkasse kapitalkräftig sei, könne diese befürwortet werden. In Frankfurt a. M. sei die freie Arztwahl eingeführt, aber er könne derselben kein langes Leben mehr prophezeien. Er gebe heute gewissermaßen eine Idee preis, für die er eingetreten. Die Erfahrungen in Frankfurt a. M. sprächen nicht dafür. In einem Jahre starker wirtschaftlicher Depression, in dem die Frankfurter Kr.-K. ein Defizit von 82 000 Mk. gemacht habe, haben sich die Aerzte nicht gescheut, Mehrforderungen zu stellen. Unter der freien Arztwahl erkennen diese nicht mehr die Kassenvorstände, welche doch für die ordnungsgemäße Verwaltung der Kassen verantwortlich sind, als maßgebend für sie an, sondern nur noch die ärztlichen Standesvereine. Redner wendet sich gegen die Einmischung der Behörden in den Kampf zwischen Aerzte und Krankenkassen. Wenn Herr Bülow im Reichstage von Terrorismus der Krankenkassenvorstände spreche, so sei er schlecht unterrichtet.

Braun-Königsberg wünscht die Resolution dahin geändert, daß der Kongreß sich prinzipiell gegen die freie Arztwahl aussprechen möge.

Engel-Dresden widerspricht dieser Auffassung. Er ist zwar gegen die freie Arztwahl, will es aber doch den einzelnen Kassen überlassen wissen. In kleinen Orten sei die Einführung der freien Arztwahl angängig, den Staatsanwalt wollten die Kassen nicht zu Hilfe rufen; die Behörden sollten sich neutral halten. Die Hauptsache sei, eine starke Organisation der Kassen zu schaffen. Die Aerzte seien im Stillen für möglichste Zersplitterung des Kassenwesens; mit kleineren Kassen würden sie eher fertig.

Koblenzer-Berlin spricht sich für die beschränkte freie Arztwahl aus.

Hoch-Hanau beantragt, am Schlusse der Zeile 2 der Resolution „zum Teil" einzuschalten und hinter dem ersten Satze die Worte: „die nach den besonderen Verhältnissen der betr. Kassen zu regeln sind".

Fischer-Weimar beantragt eine Resolution, in der die Abschließung von Verträgen mit den Aerztevereinen empfohlen wird, damit eine gemeinsame Kontrolle über die überflüssigen Ausgaben geübt werden könne, die dem Konkurrenzkampfe der Aerzte entspringen. Ferner wird in dieser Resolution die Einsetzung gemischter Kommissionen zur Regelung entstehender Differenzen beantragt. Diese Resolution findet nicht die genügende Unterstützung. (Bravo!)

Sydow-Berlin polemisiert gegen die Artikel des Dr. Freudenberg in der Medizin. Reform.

Kniestädt-Hannover: In Besprechungen von Krankenkassenvorständen mit Aerzten sei von diesen gesagt worden, daß sie mit ihren Verhältnissen zufrieden sind, daß sie aber dem Kommando vom Leipziger Aerzteverband folgen müßten. (Hört, hört!)

Dähne-Berlin vertritt eine Kasse, welche die freie Arztwahl eingeführt hat. Er wendet sich auch gegen die gesetzliche Einführung der freien Arztwahl, die Möglichkeit derselben müsse von Fall zu Fall beurteilt werden. Nur mit sozialpolitischverständigen Aerzten könne man den Versuch wagen. Gegen die Bezahlung der Einzelleistungen sprach er sich auch entschieden aus.

Tischendörfer-Berlin: Es sei bis jetzt noch nicht untersucht worden, ob sämtliche Aerzte das Recht haben, zur Krankenkassenpraxis zugelassen zu werden. Er antwortete: Ja, auf Grund der Gewerbeordnung haben sie das Recht. (Großer Widerspruch.) Wenn den Metallarbeitern gesagt werde, daß sie in einem bestimmten Teil Deutschlands nicht arbeiten dürften, was würde da gesagt. (Großer Widerspruch und Gelächter.) Es sei ein heroischer Entschluß, wenn die Aerzte zu gunsten ihrer Kollegen auf ein bestimmtes Einkommen verzichten. (Gelächter.) Die freie Arztwahl sei teurer, das schade aber auch nichts. (Protestrufe.) Die Aerzte bilden eine Gewerkschaft und stellen ihre Forderungen. Viele Arbeiter hätten sich in den Kassenvorständen Unternehmerqeistgelegenheiten angewöhnt. (Großer Widerspruch.) Schließlich lehnt Redner aber unter der Heiterkeit der Versammlung alle gegenwärtigen Forderungen der Aerzte ab und spricht sich mit geringer Einschränkung für die Resolution aus.

Ott-Köln: Bereits vier Monate dauere der Kampf in Köln, der von den Aerzten im Geheimen organisiert gewesen sei, ehe die Kranken-Kassen Kenntnis davon erhielten. Redner schildert nun die einzelnen Phasen des Kampfes.

Scholem-Berlin (Arbeitgeber): Die Kasse, die er vertritt, hat früher freie Arztwahl gehabt, ist aber nach den schlechten Erfahrungen bald wieder zur beschränkten Arztwahl zurückgekehrt. Das ist die einzig mögliche Art. (Sehr richtig!) Von Tischendörfer sei man in Berlin ja schon merkwürdige Reden gewöhnt, die heutige aber sei unter aller Kritik. (Großer Beifall.)

Tischendörfer hat seine Anträge auf Streichung 3, 8 und 10 schriftlich eingebracht. Dieselben finden nicht die genügende Unterstützung. Hierauf wird mit großer Mehrheit der Schluß der Diskussion angenommen. Das Schlußwort hat Kohn: Der Kongreß habe eine Uebereinstimmung der Meinungen gezeigt, wie das bei dem starken Besuch kaum zu erwarten war. Die Abweichungen seien gering. Gegen den Antrag Braun wendet er sich, da es nicht Aufgabe des Kongresses sei, die Kassen auf ein bestimmtes System festzulegen. Von größter Bedeutung seien die Ausführungen von Groß-Frankfurt a. M.: Die Frankfurter Kasse sei die größte, die bisher Erfahrungen mit der freien Arztwahl gemacht habe, und die ermutige nicht zur Nachahmung. In schlagender Weise widerlegt der Referent unter Beifall des Kongresses die widerspruchsvollen Ausführungen Tischendörfers. Es lasse sich nicht leugnen, daß die Tendenz bestehe, die Arzteehonorare zu erhöhen. Tischendörfer gegenüber erörtert Redner nochmals, daß die Krankenkassen nicht kapitalistische Unternehmen, sondern Wohlfahrtseinrichtungen sind. Mit der Aufforderung, die Resolution möglichst einstimmig anzunehmen, schließ der Redner seine Ausführungen.

Der Antrag Hoch lautet im Einverständnis mit der Redaktions-Kommission:

„Die Krankenkassenvertreter erklären die Einführung der freien Arztwahl als eine innere Angelegenheit einer jeden Krankenkasse, die je nach den örtlichen Verhältnissen am zweckmäßigsten zu regeln ist und halten sich deswegen für berechtigt und verpflichtet, sich gegen die Einführung der freien Arztwahl durch Gesetzgebung oder Selbsthilfe zu erklären."

Dieser Zusatzantrag findet einstimmige Annahme, der erste Satz des Abs. 5 der Resolution ist damit gefallen. Im Absatz 8 der Resolution wird auf Antrag Dr. Meyer-Frankenthal hinter den Worten „Neuerzahlenden Versicherten" eingefügt: „und Arbeitgeber". Hierauf wird die Resolution einstimmig angenommen. Das Resultat wird mit großem Beifall aufgenommen. Hierauf gelangt noch eine Resolution Prinz zur Annahme, welche fordert, daß die Behörden bei Differenzen zwischen Aerzten und Kassen sich jeder Einmischung, soweit diese nicht durch das Gesetz bedingt ist, enthalten. — Fräßdorf-Dresden ersucht die Delegierten, zu den Kosten des Kongresses beizutragen. Sodann verweist er auf die Generalkommission in Berlin, welche zu Auskünften in allen Aerzte-Angelegenheiten bereit ist. Nach den Feststellungen der Mandats-Prüfungskommission sind 795 Kassen mit 2 223 160 Mitgliedern vertreten; davon sind 418 Ortskrankenkassen, 250 Betriebs-, 23 Innungs- und 104 freie Hilfskassen.

Simanowski schließt hierauf den Kongreß mit einem Appell an die Delegierten, den Beschlüssen des Kongresses zur Durchführung zu verhelfen.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Teuchern. In der am 17. Januar stattgefundenen Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins hielt Genosse Karl Hörnig einen Vortrag über: „Die Gestaltung des Genossenschaftswesens." Er führte den Genossen durch die Statistik vor Augen, wie sich das Genossenschaftswesen in England entwickelt hat, was bis jetzt in Deutschland der Fall noch nicht ist, und wie sich die Arbeiter wirtschaftliche Vorteile innerhalb des Genossenschaftswesens, speziell im Konsum-Verein, zu nutze machen können, da in einem Konsum-Verein das Schwergewicht nicht auf das hohe Dividendenwesen gelegt werden soll, sondern die Mitglieder zur Eigenproduktion schreiten und die Geschäftslokale erweitern, sowie sämtliche Wirtschaftsartikel selbst herzustellen suchen müßten. Als Beispiel führte Redner England an, wo aber jedes Mitglied auch jährlich durchschnittlich für 800 Mark Ware entnimmt, in Deutschland nur für 240 Mark. Dann gab Redner Beispiele aus dem Leipzig-Plagwitzer und dem Bremerhavener Konsum-Verein; ersterer beschäftigt 734 Personen, besitzt eigne Bäckerei, sowie Müllerei und hat u. a. im vergangenen Winter 3769 große Brote und 1134 kleine Brote an arbeitslose Mitglieder verteilt. Der Bremerhavener Konsum-Verein, welcher sich am 1. Nov. 1902 mit 400 Mitgliedern gründete, gab an seine Mitglieder die Waren 20–50 Proz. billiger ab, als die Krämer am Orte. Die erste Woche brachte einen Umsatz von 41 600 Mark und 250 neue Mitglieder. Am 1. und 2. Dezember 1902 wurde die 2. und 3., Ende Dezember die 4., Anfang April die 5. und im Juni und August 1903 die 6. und 7. Verkaufsstelle errichtet.

Am Schlusse des ersten, 11 Monate langen Geschäftsjahres zählte der Verein 2716 Mitglieder und beschäftigte ein gut bezahltes Personal von 40 Köpfen. Der Umsatz in den 11 Monaten betrug 357 438 Mk., der Reingewinn 16 188 Mk. An diesen Beispielen könnte man sehen, welchen Nutzen die Mitglieder haben können, wenn sie nicht auf Erzielung hoher Dividende bedacht sind, sondern den wirtschaftlichen Nutzen auf allen Gebieten wahrnehmen. Auch in gewerkschaftlicher wie politischer Beziehung ist das Genossenschaftswesen den Arbeitern von Nutzen, denn in den Genossenschaften werden stets die gewerkschaftlich festgesetzten Löhne gezahlt, und die Genossen werden wegen ihrer gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit nicht aufs Straßenpflaster geworfen und bilden so für die Arbeiter einen Rückenhalt im Kampfe gegen den Kapitalismus.

In der Diskussion stimmte man dem Referenten bei und hielt es für notwendig, unter den Mitgliedern des hier am Orte bestehenden Konsumvereins aufklärend zu wirken, damit auch hier besserer Wandel geschaffen wird, denn nicht in einer hohen Dividende liegt der Nutzen, sondern gute und billige Waren, sowie sämtliche Bedarfsartikel müssen die Mitglieder im Geschäfte kaufen können. (Eingeg. 21. ds.)

Versammlungsberichte.

Sozialdemokratischer Verein in Zeitz.

In der Versammlung am Dienstag abend gedachte zuerst Genosse Leopoldt des verstorbenen Genossen Dietrich, zu dessen Andenken sich alle Anwesenden von den Plätzen erhoben. Da der Vortragende noch nicht erschienen war, wurde zur Erledigung des Geschäftlichen geschritten. Der Vorsitzende teilt mit, daß der Vorstand beschlossen habe, an sämtliche Mitglieder Flugblätter gelangen zu lassen, in welchen die Mitglieder auf die Bedeutung des Vereins und seine agitatorischen Arbeiten hingewiesen werden sollen. Zugleich sollen die Mitglieder darin zu der Erklärung veranlaßt werden, ob sie sich an den Arbeiten beteiligen wollen. Es sollen dann die Agitationskolonnen neu gebildet und eingerichtet werden. Betreffs der Versammlungen des Vereins wird beschlossen, in der nächsten Versammlung einen Vortrag über das Kinderschutzgesetz zu halten. Später soll dann in mehreren Abenden das ganze Parteiprogramm eingehend erläutert werden. Auch Vergnügen sollen stattfinden und zwar am 6. Februar ein Kränzchen im Heiteren Blick, dann die Märzfeier und am 1. Mai vormittags Versammlung, nachmittags Konzert, abends Tanz. Der sonst übliche Ausflug nach Haynsburg soll am 8. Mai gemacht werden.

Hierauf nahm Genosse Wittig-Leipzig das Wort zu seinem Vortrage: die wirtschaftlichen und politischen Zustände Frankreichs vor dem Jahre 1789. Eingehend behandelte der Redner sein Thema, wofür ihm der Dank der Versammlung zu teil wurde. Hierauf erfolgt Erledigung des Verschiedenen. (Eing. 23. d. M.)

Arbeiter-Sekretariat, Halle a. S.,
Geiststraße 21, 1. Hof rechts.
Geöffnet nur Werktags von 9½—1½
und 4—8 Uhr.
Sonnabend nachmittag geschlossen.

Verantwortlicher Redakteur Ernst Däumig in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219040127-12/fragment/page=0003

Von Sonnabend den 30. Januar a. c. ab beginnt die Ausgabe meines

Bockbieres.

C. Bauer

Bierbrauerei, Halle a. S.

Fernsprecher Nr. 47.

Steinsetzer.

Donnerstag den 28. Januar nachmittags 3 Uhr im „Weißen Roß" Geiststraße 5

öffentliche Versammlung

Tagesordnung: Bericht des Gesellen-Ausschusses und Antwort der Hallescheu Steinsetzer-Innung. 2. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Gesellen-Ausschuß.**

Zuschußkasse Meißen.

Filiale Halle a. S.

Sonnabend den 30. Januar

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: Beschlußfassung zur Generalversammlung. Besprechung über unser Vergnügen. — Statutenbücher sind mitzubringen.

Konsumverein zu Teuchern.

E. G. m. b. H.

Die Auszahlung der Dividende erfolgt von Mittwoch den 27. Januar 1904 bis Freitag den 29. Januar 1094 mittags in Teuchern; Freitag nachmittag findet die Auszahlung in Deuben statt. Während dieser Zeit werden auch die Guthaben der ausgeschiedenen Genossen ausgezahlt.

Der Vorstand: Schumann. Börner. Jahr.

Richard Ruhes Konzerthaus, Karlstr. 14.

Morgen Mittwoch den 27. Januar

gr. öffentl. Volksmaskenball.

Geschäfts-Uebernahme.

Einem verehrten Publikum von Halle und Umgegend hierdurch die ergebene Mitteilung, daß ich mit heutigem Tage die Bewirtschaftung der seit 60 Jahren bestehenden

Reinhold Schmidt'schen Speisewirtschaft

Kleine Brauhausstraße 1

käuflich übernommen habe. Es wird mein ernstes und gewissenhaftes Bestreben sein, die verehrten Herren Besucher mit nur guten la Speisen zu bewirten und das alte Renommee auch ferner zu wahren.

Einem zahlreichen Zuspruch entgegensehend, zeichnet

Hochachtend

Halle a. S., den 25. Januar 1904. **Max Wolff.**

Das neunzehnte Jahrhundert

ist ein Jahrhundert des raschesten Fortschritts auf allen Gebieten der menschlichen Betätigung gewesen. Es erscheint angebracht, einen Rückblick auf die gewaltigen Leistungen zu werfen, welche diesem Jahrhundert sein charakteristisches Gepräge gegeben haben.

Die vorliegende Sammlung:

Am Anfang des Jahrhunderts

soll in gemeinverständlichen Abhandlungen die **Fortschritte auf allen Gebieten** behandeln, sie soll die Ergebnisse des 19. Jahrhunderts darstellen und Ausblicke geben auf das 20. Jahrhundert.

Bisher sind 12 dieser Hefte erschienen:

1. **Kulturelle Umwälzungen im 19. Jahrhundert.** Von Dr. Borchardt.
2. **Die Entwickelungsgeschichte im 19. Jahrhundert.** Von Wilh. Bölsche.
3. **Die soziale Gesetzgebung im 19. Jahrhundert.** Von Paul Hirsch.
4. **Der Militarismus im 19. Jahrhundert.** Von Karl Bleibtreu.
5. **Die Kirche im 19. Jahrhunderts** Von Paul Göhre.
6. **Die Weltwirtschaft im 19. Jahrhundert.** Von Richard Calwer.
7. **Nationalismus und Internationalismus im 19. Jahrhundert.** Von Dr. Ladislaus Gumplowicz.
8. **Die Naturgeschichte im 19. Jahrhundert.** Von Dr. Kurt Grottewitz.
9. **Die hygienische Kultur im 19. Jahrhundert.** Von Dr. Alfred Grotjahn.
10. **Die Medizin im 19. Jahrhundert.** Von Dr. Ignaz Zadek.
11. **Liebe und Liebesleben im 19. Jahrhundert.** Von Dr. Ernst Gystrow.
12. **Die Prostitution im 19. Jahrhundert** Von Dr. Alfred Blaschko.
13. **Die Frau im 19. Jahrhundert.** Von Therese Schlesinger-Eckstein.
14. **Aberglaube und Mystik im 19. Jahrhundert.** Von Julius Becker.
15. **Die Soziologie im 19. Jahrhundert.** Von Dr. Casimir v. Kelles-Krauz.

Jedes Heft ist etwa 64 Seiten stark und enthält, wo es der Stoff erheischt, **Abbildungen** im Text.

Jedes Heft ist einzeln zu haben und kostet **30** Pf.

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung, Geiststraße 21.

Papier- und Pappenabfälle kaufen jeden Posten **Kl. Brauhausstr. 20.**

Eine frdl. Parterre-Wohnung ist am 1. April zu beziehen. **Aue.** An der Weißenfelserstr. 47 a. **A. Dahler.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Zeitz.

Sonnabend den 30. Jan. abends 8½ Uhr bei Steinert

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung.

Diskussion über Anträge zum Verbandstage, Wahl des Kandidaten zum Verbandstag. Diskussion über Anträge zum Gautag in Halle. Wahl von Delegierten z. Gautag. Verschiedenes.

Anträge sind bis zu Anfang der Versammlung dem Vorsitzenden zu übermitteln. Zahlr. u. pünktlichen Besuch erwartet **Die Lokalverwaltung.**

Stadt-Theater in Halle a. S.

Direktion: **M. Richards.**

Mittwoch den 27. Januar 1904

133. Ab.-V. 1. V. Beamtenkart. ungiltig.

Fest-Ouverture.

Zopf und Schwert.

Donnerstag: **Armide.**

Neues Theater

Direktion E. M. Mauthner

Mittwoch 4 Uhr: **Extra-Vorstellung, 60, 40, 20 Pf.: Johannisfeuer.**

Abends 8½: **Ueber den Wassern.**

Donnerstag: **Mariensäden.**

Mustergatte. Ninette im Schnee.

Walhalla-Theater.

Direktion: **Richard Habert.**

Gastspiel

der

„italienischen Nachtigall"

Signorina

Verera!

dazu das ausgezeichnete

Januar-Programm

mit seinen Glanznummern:

Das phänomenale

Wotpert-Trio!

Die brillante

Egger-Rieser-Truppe!

Der geniale Humorist

Alois Pöschl

usw.

Apollo-Theater.

Direktion: **Gustav Poller.**

Am Riebeckplatz, nächste Nähe des Haupt-Bahnhofes.

Letzte Woche des glänzenden Programms!

Dr. Angelos

II. Serie: Lebende Reproduktt. berühmt. Skulpturen u. Reliefs.

4 Schwestern Merkel

akrobatische Kontorsionistinnen.

ROX

Bentriloquist mit **leb. Hunden.**

Mlle. Lucie m. ihr. geheimnisvoll. Kapellmeister.

O'Neill und Torp

die brillant. urkomischen Exzentriks nebst weiteren

5 Prachtnummern.

Welt-Panorama, Kärnthen. Große Ulrichstraße 6, I. **I. Zyklus.** Hochromant.

---

200 getr. Winterüberzieh. v. 2.50 M. an, Joppen, Eisenbahnmäntel, Kragenmäntel, Wintermützen von 25 Pf. an, um zu räumen, billig **Schülershof 1, Renner.**

Verein für naturgemäße Gesundheitspflege zu Zeitz.

Donnerstag den 28. Januar bei Hermann Wagner, Schützenstraße

Vortrag.

Thema: **Lupus (fressende Flechte) und seine sichere Heilung.**

Referent: **Maximilian Mehl,** Oranienburg-Berlin, Entdecker der Sonnentherapie.

Der Vorstand.

R. Gottschalk's

Masken- u. Theatergarderoben-Verleih-Institut

Kleine Ulrichstraße 25, I

hält seine **reichhaltige Auswahl** neuer feiner

Herren- und Damen-

Masken-Kostüme

bei solider Preisstellung bestens empfohlen.

Vom vereidigten Chemiker untersucht. Unter ärztlicher Kontrolle angefertigt.

Wer seine Kinder lieb hat,

gibt ihnen

Koch's

langjährig bewährten

Nährzwieback.

Karl Koch's Nährzwieback bildet den Kindern gesundes Blut, stärkt den Knochenbau und bietet den besten Ersatz für die oft mangelnde Muttermilch.

Zu haben in sämtlichen Konsumvereinen.

Zur Anschaffung empfohlen:

Christentum und Sozialismus. Von August Bebel. Preis 10 Pfg.

Arbeiter-Katechismus. Von Richard Calwer. Preis 10 Pfg.

Die Kirche im Dienste des Unternehmertums. Von Richard Calwer. Preis 10 Pfg.

Waren die Urchristen wirklich Sozialisten? Von Dr. Eugen Losinsky. Preis 15 Pfg.

War Jesus Gott, Mensch oder Uebermensch? Von Dr. Eugen Losinsky. Preis 15 Pfg.

Das wahre Christentum als Feind von Kunst und Wissenschaft. Von Dr. Eugen Losinsky. Preis 15 Pfg.

Was haben die Armen dem Christentum zu verdanken? Von Dr. Eugen Losinsky. Preis 20 Pfg.

Zu beziehen durch

Volksbuchhandlung, Geiststraße 21.

Jeden Mittwoch **Schlachtefest.** **Oskar Heller** Steinweg 32. **Telephon 2179.**

Sangerhausen.

Töpfersberg 46.

Bäckerei für die arbeitende Bevölkerung von Sangerhausen und Umgegend

empfiehlt stets ihr reines und kräftiges Roggenbrot. **Gustav Hartwig,** Bäckerei und Mehlhandlung.

Kaufe Kanarienhähne u. Weibchen zum höchsten Preise den 28. Januar, aber nur den einen Tag.

G. Kummer, Brunoswarte 1.

Soeben erschien:

Wahrer Jakob

Nr. 3. 1904.

Preis 10 Pf.

Zu beziehen durch alle Austräger und die **Volksbuchhandlung,** Geiststraße 21.

Möbelfabrik u. Magazin

31 Fleischerstraße 31.

Empfehle mein großes Lager anerkannt gut solid gearbeiteter **Möbel- und Polsterwaren** der Zeit anpassend zu billigsten Preisen.

F. Bergmann, Tischlermstr.

Auf Teilzahlung

wird sowohl fertige Herren-Garderobe sowie auch nach Maß gegen geringe Abzahlung an solide Herren abgegeben. **R. Podolski,** Schneidermstr., Geiststr. 21.

Zahnziehen

sicher, bei Schmerzbetäubung, billigst! (Krankenkassen erstatten die Kosten.) **Rosenbaum,** staatl. gepr. Heilgehilfe, **Richard Wagnerstraße 36.**

Gleichzeitig bringe meine **Barbierstube** in empfehlende Erinnerung.

Hochfeines, selbstgekochtes Pflaumen-Mus, à Pfd. 25 Pfg.

empf. **Albert Schröder,** Hirtenstr. 14.

10 Proz. Rabatt.

Die Rechte und Pflichten des Mieters

nach dem neuen **Bürgerlichen Gesetzbuch.** Kommentar zum Mietrecht von Richard Lipinski.

Preis 20 Pf. Preis 20 Pf.

Zu haben in der **Volksbuchhandlung,** Geiststraße 21.

Leierkasten Mingon mit 9 div. **Musikrollen** für 24 Mk. zu verkaufen. **Marktplatz 14.**

Achtung! Nähmaschinen, gebraucht, verkauft billig Lerche, Kleine Ulrichstraße 18.

Unserer werten Kundschaft zur gefl. Nachricht, daß wir jetzt **Merseburgerstraße 150** wohnen.

Julius Mothes, Schneidermeister, **Frau Mothes,** Hebamme.

Achtung!

Eisenberger Schmeer à Pfd. 65 Pf., sowie Rot-, Brat-, Leber- und Sülzwurst empfiehlt billigst **H. Rannenberger, Trebnitz.**

---

2 Damenmasken zu verleihen, Große Brunnenstr. 14, I r.

Ein junge ord. Barbiergehilfe sof. gef. **Reilstraße 110, Fr. Murrl.**

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (G. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219040127-12/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 22 — Halle a. S., Mittwoch den 27. Januar 1904. — 15. Jahrg.

Die Wählerlisten

für die Gemeinderats-Wahlen liegen vom 15. bis zum 30. Januar aus.

Genossen! Sichert Euch Euer Wahlrecht, indem Ihr Einsicht in die Liste nehmt.

* * *

Streckau. Die Wählerliste zur Gemeindevertreter-Wahl liegt bis 30. Januar aus. Niemand versäume, Einblick in die Liste zu nehmen, damit es nicht vorkommt, wie bei der letzten Reichs- und Landtagswahl, daß mancher Wähler nicht wählen kann.

Deutscher Reichstag.

18. Sitzung, Montag, den 25. Januar 1904, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch Graf Pobadowsky, Freiherr von Stengel.

Die zweite Lesung des Etats beginnt mit dem **Etat des Reichstags.** Dazu liegt vor eine Resolution Dr. Sattler (natl.) auf Gewährung von

Anwesenheitsgeldern

für die Abgeordneten.

Abg. Dr. **Paasche** (natl.): Unsere Resolution entspricht wiederholten Forderungen des Reichstags. Leider hat der Bundesrat diese immer noch nicht erfüllt. Der Bundesrat aber ist ebenso sehr auf uns angewiesen, wie wir auf ihn. (Beifall.)

Abg. **Gröber** (Ztr.): Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert, nicht nur die Bundesratsmitglieder, sondern auch wir. (Heiterkeit und Zustimmung.) Der Reichskanzler hat sich bereit erklärt, Diäten zu befürworten. Ist er denn so einflußlos im Bundesrate? Alle süddeutschen Staaten sind für Diäten, aber Preußen ist das Hindernis. Das ist keine Reichspolitik, sondern eine preußisch-partikularistische Politik. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

Abg. **Pfannkuch** (Soz.): Auch wir treten für die Resolution ein, obgleich wir auch ohne Diäten wachsen und gedeihen. Unser Weizen wird weiter blühen wie bisher, mit oder ohne Diäten. Am liebsten hätten wir jedes Jahr einen neuen Wahlkampf. (Heiterkeit und Zustimmung bei den Sozialdem.) Redner regt die Verbesserung der Löhne der diätarisch angestellten Hausbeamten und Zahlung der Hälfte des Tagelohnes während der reichstagslosen Zeit an sie an. Die Presse klagt noch immer über die mangelhafte Beleuchtung ihrer Arbeitsplätze und über ungenügende Einrichtungen in den zu engen Telephonzellen.

Präsident Graf **Ballestrem:** Solche Anregungen sind mir immer willkommen; die Schwierigkeiten, die es zu überwinden gilt, können den einzelnen Abgeordneten nicht so lebhaft vor Augen stehen, wie mir, der ich täglich damit zu tun habe.

Abg. **Gamp** (Rp.) spricht sich gegen die Gewährung von Wartegeld an die Diener während der reichstagslosen Zeit aus. Mit der Gewährung von Diäten bin ich und ein Teil meiner Freunde nicht einverstanden; eine solche Verfassungsänderung müßte weitere Verfassungsänderungen provozieren. Je mehr Kandidaten vorhanden sind, desto weniger kommt der Wille des Volkes zum Ausdruck. Sie haben wir Konservativen für Herrn Schrader stimmen müssen. (Große Heiterkeit rechts.) Herr Dr. Paasche sprach davon, daß man seine Karriere dem Mandat opfere; häufig ist das Gegenteil der Fall. Nicht die Diätenlosigkeit sondern die unfruchtbaren Debatten bewirken die Beschlußunfähigkeit des Hauses. Angenehm kann es doch keinem von Ihnen sein, sich selbst Diäten zu bewilligen. (Oho! und Unruhe.)

Abg. Dr. **Wolff** (Südd. Bauernbund) tritt für Anwesenheitsgelder ein. Jetzt werde den Süddeutschen die Mitarbeit erschwert.

Abg. **v. Normann** (kons.) verzichtet darauf, die Gründe darzulegen, die gegen die Gewährung von Diäten sprechen. Die Mehrheit seiner Partei sei gegen den Antrag, dagegen für Gewährung von Fahrkarten.

Abg. **Schrader** (Freis. Vgg.): Der Diäten-Resolution stimmen wir selbstverständlich zu. Die sozialdemokratische Fraktion zahlt ihren Mitgliedern Parteidiäten. Würden Reichsdiäten eingeführt, so würden die sozialdemokratischen Abgeordneten unabhängiger von ihrer Fraktionsleitung werden; das könnte uns nur erwünscht sein. Warum fügt sich Graf Bülow nicht endlich den Wünschen des Reichstages? Im Abgeordnetenhause hat er doch jüngst seinen Konstitutionalismus gerühmt; ist der Reichskanzler nicht ebenso konstitutionell wie der Herr Ministerpräsident? (Heiterkeit.) Redner bestreitet, seine Wahl der konservativen Partei zu schulden und lehnt jede Dankbarkeit ab.

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (Freis. Vp.): Es ist geradezu widerwärtig, daß wir uns noch immer mit dem Diätenantrag beschäftigen. Der sonst so liebenswürdige Graf Posadowsky schweigt heute ganz, er weiß schon warum. Herr Gamp widerspricht den Diäten. Mag er sich doch vorher erst mit seinem Parteifreunde Kardorff auseinandersetzen, der in dem bekannten Briefe erklärt hat, er habe sich nur deshalb an industriellen Gründungen beteiligen müssen, um ohne Vermögensverlust seine parlamentarische Tätigkeit wahrnehmen zu können. Wir sind dem Bundesrate gleichgestellt und es entspricht nicht unserer Würde, bei ihm den Supplikanten zu spielen. Der Reichskanzler hat im Abgeordnetenhause erklärt, er wolle mit der Mehrheit zusammenarbeiten; warum denn immer im mittelalterlichen Abgeordnetenhause und nicht im Reichstage? Aber Graf Bülow ist kein Konsequenzenmacher. (Sehr gut!)

Abg. Dr. **Südekum** (Soz.): Die Beleuchtung in den Schreibzimmern der Abgeordneten, die Zahl der Schreibtische wie der Sprechzimmer ist durchaus ungenügend. Die wenigen vorhandenen Sprechzimmer sind von einzelnen Kollegen okkupiert, so daß man nirgends ungestört arbeiten kann. — Der Restaurationsbetrieb müßte wenigstens auf die Zeit der Fraktions- und Kommissionssitzungen ausgedehnt werden, wenn man nicht schon mit der Pfennigfuchserei, der unwürdigen Trinkgeldwirtschaft des Restaurationsbetriebes aufräumen und den Abgeordneten, wie in andern Ländern, ein freies Buffet zur Verfügung stellen will.

Graf Posadowsky hat die Abgeordneten kürzlich aufgefordert, Beamtenwohnhäuser zu besichtigen. Warum werden nicht die alten Freikarten für die Abgeordneten wieder eingeführt? Unsere Agitationsreisen werden Sie durch ihre Verweigerung auch nicht verhindern.

Auf der Tribüne dieses Hauses hat das Wolffsche Telegraphen-Bureau einen 50 Pfg.-Bazar errichtet, indem es Berichte und Entreffiets über die Reichstagsverhandlungen von 50 Pf. an, über Kommissionsberatungen schon für 25 Pf. bis zu 1 Mk. liefert. Es wäre ja an sich Sache der Presse, sich gegen solche Schmutzkonkurrenz zu wehren, wenn nicht das W. T. B., das zur Regierung außerordentlich enge Beziehungen unterhält, die Herren von der Regierungspartei und am allerspeziellsten Graf Bülow selbst immer mit der Gloriole des Siegers umgäbe. Das steht dann in allen Kreisblättern. Das steht auf dem Niveau der Verbreitung Bülowscher Reden durch die Mittlersche Hofbuchhandlung und ähnlicher Donquichoterien. Es ist nötig, daß das öffentlich gekennzeichnet wird. (Lebhafter Beifall b. d. Soz.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky:** Nur die verbündeten Regierungen, nicht Preußen, sind für die Beschlüsse des Bundesrats verantwortlich, der als gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung auch in der Diätenfrage das Recht hat. Beschlüsse des Reichstags abzulehnen. Noch habe sich im Bundesrat eine sichere Mehrheit für die Einführung von Diäten nicht gefunden. Freikarten für Informationsreisen werden wir gern bewilligen.

Abg. Dr. **Spahn** (Zentr.): Die Diätenlosigkeit schadet nur den bürgerlichen Parteien. Die durch sie veranlaßten Doppelmandate wirken sehr ungünstig auf die Beschlußfähigkeit des Reichstags. Nur durch Preußens Stimmen wird die notwendige Verfassungsänderung in Preußen verhindert, so schädigt Preußen geradezu das Reich. (Sehr richtig.) — Im Reichstage selbst wünschen wir eine größere Zahl von Arbeitszimmern und eine bessere Beholdung der Unterbeamten, wenn es ihnen auch nicht allzu schlecht geht.

Abg. **Gothein** (Freis. Vereinig.): In der Diätenfrage handelt es sich um einen Kampf Preußens gegen das ganze übrige Reich und den Reichstag. (Sehr richtig! links.) Dabei fehlt es an jeder Konsequenz. Ich besitze noch die Aufforderung der Regierung, mir Diäten auszahlen zu lassen für meine Tätigkeit in der Zolltarifkommission. Wir haben das Geld nicht genommen, denn bei einer Gelegenheit, wo dem ganzen Volke Lasten auferlegt werden, dürfen nicht Vorteile herausspringen für den einzelnen. (Unruhe rechts.)

Abg. Dr. **Arendt** tritt für die Bewilligung der Diäten ein. Dafür müßte der Reichstag aber seine Geschäftsordnung dahin ändern, daß der einzelne Abgeordnete nicht mehr das Recht hat, die Beschlußfähigkeit des Hauses zu bezweifeln. Die geltende Bestimmung hat zum Terrorismus der Minorität geführt. (Lachen links.) Unwürdig aber ist es, die Diäten mit einer Abänderung des Wahlrechts erkaufen zu wollen. Dagegen müßte im Sinne unseres Antrags für eine größere Sicherung des Wahlrechts vor Betrügereien, mehrfachem Wählen gesorgt werden, bevor von Diäten die Rede sein kann. (Sehr richtig! rechts.) Die Diäten würden der Sozialdemokratie bedeutend Abbruch tun. Es würden mehr Arbeiter und weniger Akademiker gewählt werden, und das wäre nur unser Vorteil. (Lachen bei den Soz.)

Abg. **Patzig** (natl.): Wir haben heute vom Regierungstisch eine Erklärung gehört, aus der das Wort herausklang: Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft. Aber mit kleinen Maßregeln ist hier nichts getan. Nur Diäten können bewirken, daß die Geschäfte des Hauses nicht stocken. (Bravo! bei den Natl.)

Abg. Dr. **David** (Soz.): Die von den Diätengegnern vorgebrachten Gründe laufen darauf hinaus, daß die Beteiligung an den parlamentarischen Arbeiten ein Privilegium des Besitzes sei. Wer sich die Beteiligung an den parlamentarischen Arbeiten aus Mangel an Mitteln nicht leisten kann, dem raten Sie, den Weg des Herrn v. Kardorff zu gehen. Aber diese Verbindung von parlamentarischer Tätigkeit mit Aufsichtsratstätigkeit erregt die schwersten Bedenken, gegenüber denen die gegen die Diäten vorgebrachten Bedenken federleicht wiegen. Dr. Arendt ist für Diäten, läßt aber im Hintergrund Kompensationen aufmarschieren. Für irgendwelche Kompensationen, sei es Verschlechterung des Wahlrechts, sei es Verschlechterung der Geschäftsordnung, ist die Sozialdemokratie nicht zu haben, dafür wird sie keine Diäten einkaufen. (Lebh. Zust. bei den Soz.) Für Sicherungsmaßregeln gegen Verletzungen des Wahlgeheimnisses werden wir stets eintreten. Wenn es den Herren so lieb ist, daß weniger Akademiker und mehr Arbeiter in den Reichstag kommen, gut, dann brauchen die Konservativen ja nur Landarbeiter und Industriearbeiter aufzustellen. (Heiterkeit bei den Soz.) Schicken Sie uns nur Arbeiter, so viel Sie wollen, je mehr, desto lieber ist es uns. (Zust. bei den Soz.) Die Regierung will die Diäten nicht. Es handelt sich hier um eine Machtfrage zwischen ihr und dem Reichstag. Mögen die Mehrheitsparteien doch einmal Ernst machen, sonst bleibt alles leeres Gerede. (Beifall bei den Soz.)

Abg. **Werner** (Antis.): Wenn man uns fortgesetzt die Bezahlung für unsere Arbeit verweigert, können wir auch ja einmal dem Herrn Staatssekretär das Gehalt verweigern.

Damit schließt die Diskussion. Die Resolution der Nationalliberalen wird, soweit sie freie Fahrt auf den Eisenbahnen im ganzen Reich während der Session und 8 Tage vor und nach jeder Session fordert, einstimmig, soweit sie Diäten verlangt, gegen die Stimmen der Mehrheit der Konservativen und der Minderheit der Reichspartei angenommen.

Der Etat des Reichstages wird bewilligt.

Es folgt der

Etat des Reichsamts des Innern.

Bei Titel 1 „Staatssekretär" soll sich auf Vorschlag des Präsidenten die Generaldebatte auf alle Fragen erstrecken, die in den zahlreich vorliegenden Resolutionen nicht berührt werden. Nachher sollen diese Resolutionen in Gruppen vereinigt zur Debatte gestellt werden.

Abg. **Trimborn** (Zentr.): Auch das vergangene Jahr war reich an sozialpolitischen Maßnahmen. Aus den Versicherungsgesetzen sind im Jahre 1903 434 Millionen gezahlt worden, 1 200 000 Mk. täglich. Davon haben die Arbeiter 182 Mill., das Reich und die Unternehmer 251 Millionen Mark aufgebracht. Wir sehen in diesen Zuwendungen nicht Wohltaten für die Arbeiter sondern die Erfüllung ihrer naturrechtlichen Ansprüche. Besonders wichtig war die Verabschiedung der Krankenkassen-Novelle. Leider ist dem Reichstag dabei ein Versehen passiert, das die Gewährung der Wöchnerinnen-Unterstützung an die Ehefrauen von Kassenmitgliedern unmöglich macht. Das muß ausgebessert werden. Dringend erforderlich ist die gesetzliche Regelung des Verhältnisses zwischen Krankenkassen und Aerzten. In Köln ist ein bedauernswerter Streik der Aerzte ausgebrochen; ähnliches steht in Leipzig bevor. Wir können nur beiden Teilen zum Frieden raten. Uns erscheint die freie Arztwahl als das erstrebenswerte Ideal unter der Voraussetzung einer scharfen Kontrolle der Aerzte durch die Aerzte selbst und der Schaffung einer Verständigungskommission zwischen Arzt und Kasse. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Kassen die Aerzte nach ihrer Tüchtigkeit und nicht nach ihrer Parteizugehörigkeit auswählen. Wie steht es mit der Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Heimarbeiter? Die Lösung der Frage, ob sich die drei Versicherungsarten nicht zusammenlegen lassen, kann nur angebahnt werden durch die Schaffung einer lokalen Anstalt, von der aus die Geschäfte der drei Versicherungen besorgt werden. Ein Gesetz größeren Stils ist das Kinderschutzgesetz. Damit sind wir allen anderen Nationen vorangeschritten. — Wie steht es mit der Zusammenstellung aller gesundheitsschädlichen Betriebe und der dafür erlassenen Schutzvorschriften? Möge der Bundesrat noch intensiver sein Verordnungsrecht zu gunsten der Arbeiter anwenden.

Im Jahre 1903 ist nichts erreicht worden für den Ausbau des Koalitionsrechtes, für ein freiheitliches Vereinsrecht, für die Anerkennung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und für die Errichtung von Arbeiterkammern. Ueber den Streik in Krimmitschau kann man jetzt um so ruhiger reden, als er beendet ist. Dieser Streik hat die Frage des Zehnstundentages in grelle Beleuchtung gerückt. Die Frage muß einheitlich geregelt werden, haben doch die Industriellen dort den Zehn-

Kleines Feuilleton.

Stadt-Theater.

Für das Publikum bedeutete es keinen glücklichen Griff, der Fräul. Fanny Wagner einen gehaltlosen Schönthan und Kadelburg, das Lustspiel **Goldfische,** wählen ließ, um sich in einer Salon- und Konversationsrolle zu zeigen. Für die Lustspiel-Preßfabrik der Firma Schönthan u. Kadelburg gilt schon längst als Geschäftsgrundsatz das multa non multum, das „vielerlei, nicht viel". In der Menge der auf den Bühnenmarkt geworfenen Lustspielware ist so leicht niemand der genannten Firma über; aber der Wert der Ware ist auch darnach. Viel und schlecht! Nicht einmal billig und schlecht; denn die Tantiemeforderungen der Herren sind nicht eben niedrig.

Die Goldfische sind drei reiche Damen, darunter zwei junge Witwen. Schönthan u. Kadelburg quälen nun das Publikum vier Akte hindurch, ehe die drei Goldfische an den Mann oder richtiger an drei Männer gebracht werden. Als Konfliktsquelle benutzen die Lustspiel-Fabrikanten bei der einen Witwe eine Testamentsklausel ihres verstorbenen Mannes, im Falle ihrer Wiederverheiratung solle ihr Vermögen an eine Seitenlinie fallen. Bei der zweiten Dame haben sich die Lustspiel-Kompagnons einen funkelnagelneuen Konfliktsstoff erdacht. Man höre und staune: Das Mädchen liebt einen Maler, aber der Vater will seine Tochter einem Offizier vermählt sehen. Nur einem Zufall haben es Schönthan u. Kadelburg zu danken, daß nicht schon der selige Plautus vor reichlich zweitausend Jahren dieses Lustspielmotiv verwendete. Um so ergiebiger haben es Dutzende der späteren Komödiendichter getan. Bei der dritten Dame liegt überhaupt kein Grund vor, warum sie als Witwe sich nicht längst schon wieder unter die Haube begeben hat. Sie schneit auch erst im dritten Akte in das Lustspiel hinein und ist nach einem halben Stündchen glücklich verlobt. Weil nun die natürliche Handlung ihrer Komödie gar zu ärmlich ist, haben die beiden Lustspielfabrikanten noch einige unmögliche Konflikthen in ihren Brei gerührt. Bei der Anspruchslosigkeit, zu welcher die Herren Schönthan und Kadelburg ihr Publikum längst schon erzogen haben, ließ es die vier Akte ruhig über sich ergehen, und da der Dialog an einigen Stellen gewandt dahinfließt, auch einige neue Scherzworte eingestreut sind, war ein Teil des Publikums gefällig genug, ab und zu Beifall zu spenden.

Frl. Wagner hatte die Rolle der Josephine von Pöchlaar übernommen. Sie und ihr Partner, der Husarenleutnant Erich von Felsen (Herr Alving), hatten Gelegenheit, sich als gewandte Salonmenschen im Gespräch und Haltung zu zeigen. Um so schwerer lastete auf Herrn Heinz als Oberst Felsen, auf Hrn. Schelling als Martin Winter und auch auf Hrn. Kaufmann als Maler Roland die gänzliche Unfruchtbarkeit ihrer Rollen. Daß beispielsweise der Maler in einem fremden Salon tritt und ohne sich erst vorzustellen gleich den Kopf mit den beiden Anwesenden zum Fenster hinausrieckt, daß er in Anwesenheit anderer Personen seinen Zylinder einer Hermesbüste überstülpt und sich über diesen Künstlerscherz herzlich amüsiert, sind Farben, aber keine Lustspieltricks. Die einzige genießbare Rolle außer Josephine und Erich war die Emmy Winter des Frl. v. Kroll, und allenfalls noch der mecklenburgische Trottel Stettendorf des Hrn. Stahlberg. Genug! Wir wissen nun, daß Frl. Wagner nicht nur in dramatischen Charakterrollen Tüchtiges leistet, sondern daß sie auch Salonrollen zu gestalten weiß, daß also ihr Engagement unserer Bühne eine weitere wertvolle Kraft zuführen würde. Wenn dieser Beweis hätte geliefert werden können, ohne daß das Publikum einen Schönthan über sich ergehen lassen mußte, so wäre es für Frl Wagner nicht von Nachteil gewesen. Th.

Der berühmte Zoologe August Weismann, der an der badischen Universität Freiburg wirkt, feierte in der vorigen Woche seinen siebzigsten Geburtstag. In Frankfurt am Main geboren, wendete er sich nach Absolvierung der niederen Schulen dem Studium der Medizin zu. Auch nach Wien zog es damals die jungen Aerzte, und Weismann wendete sich ebenfalls dorthin. Er brachte es bald als praktischer Arzt zu Ansehen und schließlich wurde er der Leibarzt eines österreichischen Erzherzogs. Aber die wissenschaftlichen Interessen überwucherten alle anderen. Darwin hatte die Köpfe ergriffen und Weismann wendete sich mit Feuereifer dem neu gewonnenen Ideenkreise zu. Bei dem Gießener Professor Leuckart, einem der angesehensten Zoologen der vordarwinistischen Geschlechterzeit, trieb er zoologische Studien und begann 1863 seine akademische Laufbahn als Privatdozent in Freiburg, wo er bis heute, mit Ehren und Auszeichnungen aller Art überschüttet, geblieben ist.

So sehr sich Weismann Darwin ergeben hatte, setzten doch alle seine großen wissenschaftlichen Taten mit einer Kritik Darwinischer Anschauung ein. Darwin selbst fand es nötig, die Vererbung erworbener Eigenschaften zu behaupten. Denn eine Häufung günstiger Eigenschaften begünstigt die Erhaltung der Art und die Vererbung bot eine starke Möglichkeit zu solcher Häufung. Auf Grund zahlreicher Versuchen leugnete Weismann diese Vererbarkeit erworbener Eigenschaften. Speziell an dem Beispiel der Ameisen führte er den Nachweis, daß zur Erklärung der Anpassung, durch die die Entwicklung der Art mit geschaffen wird, die natürliche Auslese allein vollkommen genügt. Aber die Variation mußte auch positiv erklärt und die Erblichkeit berücksichtigt werden. Dies tat Weismann in seiner Lehre von der Kontinuität des Keimplasmas.

Der Zellkern der Keimzellen, an die die Fortpflanzung der Zelle gebunden ist, ist das Keimplasma, das selbst die Vererbung von Eigenschaften ermöglicht. Während sich der Keim zum Organismus entwickelt, bleibt ein Teil des Keimplasmas unverändert; dieser dient zur Bildung der Keimzelle beim Tochterorganismus. So stellt das Keimplasma eine Kontinuität zwischen den Generationen her. Das Keimplasma wird niemals vom Individuum erzeugt, sondern stammt vom Keimplasma früherer Generationen her. Daraus folgt unmittelbar, daß die vom Individuum selbst erworbenen Eigenschaften nicht vererbt werden können. Trotzdem hängt alle Variation vom Keimplasma ab. Denn der Organismus besteht aus einer großen Anzahl Zellen, die sich gegenseitig beeinflussen und zu Aenderungen veranlassen; so variieren auch die Keimzellen und mit ihnen das Keimplasma.

Diese Lehre hat begeisterte Zustimmung, aber auch vielfachen Widerspruch gefunden. So kommt beispielsweise Ernst Häckel nicht darüber hinweg, daß dadurch für das Keimplasma eine gewisse Art Unsterblichkeit gesichert erscheint. Aber es ist keine Unsterblichkeit im mechanisch-individuellen Sinne.

Merkwürdig genug kommt ein Denker wie Mach von psychologischer Seite her zu ähnlichen Betrachtungen. Die Elementenkomplexe, aus denen für ihn die Welt besteht, bilden auch das Ich. Wenn das Ich aufhört, so heißt das nur, daß die Elemente einfach eine andere Verbindung eingegangen sind. Wichtig ist nur die Kontinuität der Elemente Der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190401 27-12/fragment/page=0005

stundentag der Konkurrenz wegen abgelehnt. Wäre auch nur nach unserem Antrag der zehnstündige Maximalarbeitstag für Arbeiterinnen statt des elfstündigen durchgeführt gewesen, so hätte uns das die Kalamität des Krimmitschauer Streiks erspart. Unsere Eindrücke von diesem Streik sind folgende: Wenn auch Ausschreitungen auf seiten der Arbeiter vorgekommen sind, so doch nicht solche, daß sich das absolute Versammlungsverbot rechtfertigen ließe. (Hört, hört! bei den Soz.) Auch nach dem Sieg der Arbeitgeber bleibt für uns der peinliche Eindruck bestehen, daß die Arbeitgeber schiedsrichterliche Verhandlungen abgelehnt haben, während die Arbeiter stets dazu bereit waren. Das Nichtvorhandensein von Arbeitskammern hat sich als ein besonderer Mangel erwiesen. Auch bei diesem Streik ist Sozialpolitik und Gewerkschaftspolitik mißbraucht worden durch Verquickung mit der sozialdemokratischen Partei. Statt ruhig und nüchtern auf gewerkschaftlichem Boden zu bleiben, gestaltete man den Streik immer mehr zu einer Machtprobe der Sozialdemokratie. (Lebh. Zust. im Zentr. und rechts. Laute Rufe: Nein! bei den Soz.) Die Reaktion ist denn auch nicht ausgeblieben, sie verstand in einer Verbrüderung der Arbeitgeber, wie wir sie so geschlossen noch nie erlebt haben. Es ist bedauerlich, daß die Regierung nicht mit einem sozialpolitischen Programm in die Wahlen eingetreten ist. Die Wahlen haben ein starkes Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmen ergeben, trotz aller sozialpolitischen Maßnahmen. Die Scharfmacher folgern daraus die Notwendigkeit, die bisherige Sozialpolitik aufzugeben und verlangen Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie. Demgegenüber freuen wir uns über die feierliche Zusage der Thronrede, daß die Sozialpolitik im Sinne der Februar-Erlasse weitergeführt werden soll. Mögen die gestrigen Scharfmacher uns jeden Nachtkrost ersparen. (Bravo! im Zentr.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Heimarbeiter muß bis zur allgemeinen Revision des Krankenversicherungsgesetzes vertagt werden. Zwischen den Ressorts zwischen dem preußischen Handelsminister und dem Reichsamt über die Frage, bei welcher Klasse die Hausindustriellen zu versichern sind. Vorbedingung für die Zusammenlegung der drei Versicherungen ist ein eigener selbständiger Unterbau. Die Erreichung dieses Zieles liegt noch recht fern. Vorher muß auch entschieden werden, ob die Krankenversicherung auch auf Dienstboten und landwirtschaftliche Arbeiter ausgedehnt werden soll, und ob und in welchem Umfange die Witwenversicherung durchgeführt werden soll. Erst müssen wir also einen Abschluß haben, bevor wir einen einheitlichen Rahmen schaffen können. Was die Enquete über die Handwerkerorganisationen anlangt, so haben wir bereits die Fragebogen für freie Innungen, Zwangsinnungen und Innungsverbände aufgestellt. Ich wollte die Fragebogen schon jetzt herausschicken, aber der Reichsschatzsekretär hat gemeint, daß bei den sehr erheblichen Kosten die Enquete noch um ein Jahr verschoben werden könne. (Unruhe bei den Soz.) — Was den Arbeiterschutz in der Hausindustrie anlangt, so wird der Entwurf für die Zigarrenindustrie in nächster Zeit dem Bundesrat zugehen. Der Gedanke, ein Verzeichnis der gesundheitsgefährlichen Industrien herauszugeben, ist auf Bedenken gestoßen, dagegen wollen wir ein Verzeichnis der Arbeiten aufstellen, die Frauen und Jugendlichen wegen ihrer Gefährlichkeit nicht zugänglich sein sollen.

Abg. **Fischer**-Berlin (Soz.): Herr Trimborn warf uns nörgelnde Kritik vor, dann aber hat er die Vereinigung der drei großen Versicherungszweige vorgeschlagen. Das ist auch so ein frittelnder Vorschlag. (Sehr richtig! links. Sehr unrichtig! im Zentr.) Wenn man die Rede des Herrn Trimborn hörte, müßte man glauben, wir lebten in einem herrlichen Zeitalter der Sozialreform, und zählt man die Millionen zusammen, die für Arbeiterversicherung ausgegeben werden, so nimmt es sich ja sehr großartig aus. Wenn man es aber in Einzelleistungen zerlegt und diese an der Leistungsfähigkeit des Unternehmertums mißt, so stellt es sich ganz anders dar, und das drei- und vierfache davon haben Sie erst kürzlich jeder Arbeiterfamilie als Mehrleistung durch den Zolltarif auferlegt. Die Versicherungsgesetzgebung ist nichts weiter als eine Abwälzung der Armenlasten. Rechnet das Zentrum wirklich darauf, daß die Regierung seine Resolutionen erfüllen wird? Unsere Sozialpolitik geht einen Schneckengang. Graf Posadowsky hat eine gewisse Schonzeit für das Unternehmertum, einen gewissen Stillstand in der Sozialreform gefordert. Dasselbe hat Minister Brefeld getan und Handelsminister Möller. Wie können Sie (zum Zentrum) erwarten, daß wir Ihre Resolutionen ernst nehmen sollen? (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn es Ihnen ernst wäre, hätten Sie Ihren sozialpolitischen Absichten ja die Form von Initiativanträgen geben können. Sie sind die ausschlaggebende Partei und können Ihren Willen durchsetzen. Warum legen Sie auf diese sozialpolitischen Anträge nicht denselben Nachdruck, wie auf die Durchpeitschung des Zolltarifs? (Große Unruhe im Zentr.) Dann wäre im Reichsamt des Innern der Zentrumsverband der Industriellen nicht mächtiger als Sie. Und werden Sie den Etat ablehnen, wenn die Regierung Ihren Anträgen nicht stattgibt? Nein! (Lebh. Zust. bei den Soz.)

In den Gewerbeinspektions-Berichten ist von Jahr zu Jahr ein, wenn auch sehr langsamer Fortschritt zu verzeichnen. So fehlen in den neuen Berichten die gehässigen Bemerkungen über das Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, und die Bedeutung der Arbeiterorganisationen wird besonders von den mittel- und süddeutschen Gewerbeinspektoren anerkannt. Aber noch viel mehr als bisher müssen die Gewerbeinspektoren sich mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung setzen, zumal die Arbeiter vielfach ihre Existenz riskieren, wenn sie sich bei den Gewerbeinspektoren direkt beschweren. Man muß hieraus jedoch mehr den Behörden, als den Inspektoren einen Vorwurf machen. Ein Gewerbeinspektor wurde strafversetzt, nur weil er seine Sprechstunden in einem sozialdemokratischen Organ angezeigt hatte. (Hört, hört! bei den Soz.)

Die Gewerbeinspektoren sind viel zu sehr mit formalen Geschäften überlastet, auch viel zu wenig zahlreich. Nur 41 Proz. aller Betriebe wurden überhaupt revidiert. In den Gewerbeinspektionsberichten wird zwar über die Sittlichkeit der Arbeiter und über allerlei Wohlfahrtseinrichtungen, wie Verlesung von Orden usw. berichtet, aber über sozial so bedeutsame Tatsachen wie die großartigen Leistungen der gewerkschaftlichen Organisationen, die jährlich für Arbeitslosenunterstützung, Reiseunterstützung, Rechtsschutz ihrer Mitglieder Millionen ausgeben, findet sich in den Berichten kein Wort. Dürfen etwa die Berichte darüber nichts enthalten, weil man die Mißgunst des Zentralverbandes der Industriellen fürchtet? Dabei ist es doch eine Binsenwahrheit, daß unsere ganze Sozialgesetzgebung erst erzwungen worden ist durch die gewerkschaftliche und politische moderne Arbeiterbewegung. Viel wertvoller als die ganze Arbeiterschutzgesetzgebung ist für die Arbeiter ein wirkliches Koalitions- und freies Vereins- und Versammlungsrecht.

Graf Posadowsky meinte die Arbeiter würden sozialpolitisch in Deutschland mehr erreichen, wenn sie nicht republikanisch sondern monarchisch gesinnt seien. Woran liegt es denn aber, daß die deutschen Arbeiter so wenig monarchisch gesinnt sind. Sind nicht alle Verwaltungs- und Polizeimaßregeln, alle Justizurteile gegen die Arbeiter in den letzten Jahrzehnten im Namen des Königs ergangen? Hat man nicht die Koalitionen der Arbeiter zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse stets bekämpft, unter dem Sozialistengesetz ihre Organisationen zertrümmert, ihre Presse unterdrückt. Glauben Sie, daß das alles aus dem Bewußtsein der Arbeiter ausgelöscht ist? Die Februarerlasse waren nur ein kurzer Traum, keine diese Besprechungen ist bisher erfüllt, nicht einmal in den Staatsbetrieben, die nach ihnen Musterbetriebe sein sollen. Ein Jahr nach den Februarerlassen brachte dieselbe Regierung ein Arbeiterschutzgesetz ein, so reaktionär, daß selbst Unternehmer dagegen stimmten. Graf Mirbach, der Oberhofmeister der Kaiserin, der bei Sozialdemokraten und Juden betteln ging, sprach von sozialdemokratischen Rhinozerossen, ein Hofprediger von der „Bestie, der man den Fuß auf den Nacken setzen müsse". (Große Unruhe.) In Krimmitschau sind die Pastoren hinter der Gendarmerie hermarschiert, um ihr Sprüchlein herzusagen gegen die Arbeiter! (Hört, hört! b. d. Soz.) Es hat in der Weltgeschichte keine Tyrannei gegeben, über die nicht ein Pfaffe seinen Segen gesprochen hätte! (Lebh. Zustimmung b. d. Soz., erneute gr. Unruhe.) Warum fragt der Staatssekretär nicht auch die Junker und Unternehmer nach ihrer monarchischen Gesinnung? Immer nur den Sozialdemokraten wird zugerufen: Ihr seid nicht gesinnungstüchtig, darum hungert und entbehrt! Soll ich noch an die Klassenurteile erinnern, an die künstliche Auslegung des Erpressungsparagraphen gegen Arbeiter, an Löbtau und Breslau? Aber das alles ist die Erfüllung des Programms des preußischen Justizministers: „Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe!" (Lärm b. d. Mehrheit, Beifall b. d. Soz.)

In Krimmitschau hat sich die sächsische Regierung natürlich ohne weiteres auf die Seite der Unternehmer gestellt, und nicht nur das: sie hat die Arbeiter im Namen des Königs an der Ausübung ihrer Grundrechte verhindert! Es ist nicht wahr, daß die „öffentliche Ruhe und Ordnung" die Verhängung des Belagerungszustandes in Krimmitschau notwendig gemacht hätte! Graf Posadowsky meinte, in Monarchien erreichten die Arbeiter mehr als in Republiken. Ist etwa in Australien, in Amerika, in der Schweiz weniger für die Arbeiter getan worden als bei uns? Auch in Bezug auf politische Freiheit stehen alle Republiken Deutschland voran und Preußen an letzter Stelle.

Herr Trimborn hat mit keinem Worte bewiesen, daß die Sozialdemokratie in Krimmitschauer Streik das parteipolitische Interesse in den Vordergrund geschoben habe. Die sächsische Regierung stellte die Frage so: „hie Unternehmer und Polizei, hie Arbeiter!" Wir hätten uns vor der ganzen Welt schämen müssen, wenn wir da nicht Partei für die Arbeiter ergriffen hätten! Jetzt, nach ihrem Siege, halten die edlen, hochherzigen sächsischen Arbeitgeber natürlich fürchterlich Musterung unter den Besiegten! (Große Unruhe.) Hätten wir den Zehnstundentag gehabt, so wäre dieser Kampf vermieden worden. Die Arbeiter handelten nur pflichtgemäß, als sie in den Kampf zogen, sobald ihre Klassen gefüllt waren. Tausende von Anhängern sind der Sozialdemokratie durch diesen Kampf gewonnen worden! Der Standpunkt, daß das Unternehmertum „Herr im Hause" sein soll, wird selbst von der „Kreuz-Ztg." nicht mehr aufrecht erhalten. Der Unternehmer soll nicht „Herr im Hause" sein! (Stürmischer Widerspruch rechts.) Dieser Herrentandpunkt muß eingeschränkt werden! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ohne die unbedingte Ausübung ihrer Rechte die Arbeiter sich mit Recht auf. Aber wir stellen nicht die Machtfrage. Wir sind gegenüber der heutigen Gesellschaft die wirtschaftlich Schwächeren, und gerade deshalb fürchten Sie unsere 3 Millionen Stimmen! Das Unternehmertum ist es, das die Machtfrage stellt; so stellte der Norddeutsche Lloyd das unverschämte, gesetzwidrige Verlangen, die Arbeiter sollten aus der Organisation austreten! In Zierlohn, Pirmaiens, Krimmitschau — überall Machtproben des Unternehmertums und überall die Polizei auf seiner Seite!

Zeigen Sie mir den Paragraphen der Gewerbeordnung, der gegen die Unternehmer so ausgenutzt worden ist, wie der § 153 gegen die Arbeiter. Sie werden die Arbeiter niemals zur Ueberzeugung bringen, daß Sie ihre wahren Vertreter sind. Wenn Sie sich auch hinter den Terrorismus verschanzen, so fürchten Sie doch nur das Erwachen der deutschen Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft wird uns immer als das vorantreibende Element ansehen und wir werden sie weiter treiben, viel weiter, als Sie wollen. (Stürmischer Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Herr Fischer hat den Herrn v. Mirbach erwähnt. Ich halte es nicht für richtig, unkontrollierbare Aeußerungen eines Mannes zu kolportieren, der nicht Mitglied dieses Hauses und auch nicht öffentlicher Beamter ist. — Wenn die Arbeiter ihr Bestreben darauf richten, ihre äußere Lage zu verbessern, so kann ihnen das kein Mensch in Deutschland verdenken. (Zurufe b. d. Soz.) So wie das Kapital sich in Syndikaten zusammenschließt, kann man auch den Arbeitern einen Zusammenschluß zu wirtschaftlichen Zwecken nicht verdenken. (Zurufe b. d. Soz.: Krimmitschau!) Die Sozialdemokratie aber wünscht das Kollektiveigentum, die Herrschaft des Proletariats. Die Masse kann nie regieren, weil sie nicht regierungsfähig ist. (Lebh. Beifall rechts.) Wo sie vorübergehend herrschte, war es mit entsetzlichen Greueln verknüpft. In einem geordneten Staatswesen müssen gewiß alle Bürger gleichberechtigt sein, aber die Regierung wird immer einen aristokratischen Charakter haben. Wenn Sie heute den Zukunftsstaat einrichten, werden morgen die Aristokraten das Heft in Händen haben. Wo hat die Geldaristokratie größeren Einfluß als in einer Republik, wo alle Minister über den Versuch der Einführung einer Einkommensteuer stürzen!

Gerade die Ausschreitungen der Geldaristokratie können in unserer Monarchie am besten bekämpft werden. Was die kaiserlichen Erlasse angeht, so müssen Sie zugeben, daß dieselben ergangen sind, als die Sozialdemokratie noch keinen wesentlichen Einfluß hatte, und daß sie den Ausgangspunkt der gesamten sozialpolitischen Gesetzgebung bilden. — Daß in Krimmitschau einzelne polizeiliche Mißgriffe vorgekommen sein mögen, will ich zugeben, aber die öffentliche Ordnung muß unter allen Umständen aufrecht erhalten werden. Ueber die Arbeitszeit der Frauen finden jetzt gewissenhafte Prüfungen statt. Es wird Ihnen darüber eine Denkschrift zugehen. In ihrer Stellung zu dieser ernsten Frage wird sich die Regierung durch den Krimmitschauer Streik nicht beeinflussen lassen. (Beifall.)

Sächs. Bevollmächtigter Geh.-Rat **Fischer** erklärt, später vielleicht bei Beratung der Anträge über den Maximalarbeitstag auf die Ausführungen des Abg. Fischer über den Krimmitschauer Streik zurückzukommen.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr.

Schluß 6¾ Uhr.

Inhalt des Ichs ist die Hauptsache und nicht das Ich, und dieser Inhalt ist nicht auf das Individuum beschränkt, sondern bleibt bis auf geringfügige wertlose persönliche Erinnerungen auch nach dem Tode des Individuums in anderen erhalten. Bewußtseinsinhalte von allgemeiner Bedeutung durchbrechen ja schon bei Lebzeiten die Schranken des Individuums und führen, natürlich wieder an Individuum gebunden, unabhängig von der Person, durch die sie sich entwickelt haben, ein allgemeineres unpersönliches Leben fort: dazu beizutragen, ist die schöne Aufgabe aller großen Geister. Diese Unsterblichkeit der Elemente ist das wichtige und nicht die individuelle.

Man sieht, wie immer sich die spätere Wissenschaft zu den positiven Ergebnissen der Weismannschen Forschungen stellen mag, seine Anregungen und Ideen werden ihre befruchtende Wirkung noch auf lange ausüben. Und wahre Probleme aufgestellt zu haben ist am Ende auch ein Verdienst um die Wahrheit.

Ein vorurteilsfreier Aristokrat. Im Inseratenteil der Vossischen Zeitung findet sich folgender Aufruf:

Kein Märchen

und keine Vermittlung verbirgt sich unter diesem Inserat. Welche alleinstehende, sehr vermögende Dame, tiefen Gemütes, erfüllt von dem Wunsche, Gutes zu tun und zu empfangen, würde sich mit herzensgutem, soliden Herrn von hohem Adel verbinden, zur Ausführung eines idealen, vornehmen Unternehmens. Bei gegenseitiger Harmonie Heirat nicht ausgeschlossen. Stand, Alter und Religion Nebensache. Vermittler und anonym verbeten. Strengste Diskretion auf Kavalierwort.

Eine neue Zensurbehörde. Offenbar begeistert von den famosen Attacken, die die bayrische Zensur in Sachen Simplicissimus kontra Zentrum für Moral und Sittlichkeit geritten hat, sattelte die Redaktion des Leipziger Börsenblatt des Vereins deutscher Buchhändler ihre Mähre aus Byzanz auch auf und machte geschwellt von kgl. sächs. Patriotismus ein Debut in politischer Zensur. Die Redaktion beanstandete nämlich ein Inserat in Gedichtform, das Reklame für die Faschingsnummer der Münchener Jugend machen sollte und also lautet:

Zu der höchsten Herrlichkeit erkoren
Ist der Mensch im neuen Zukunftsstaat.
Die Gesellschaft ist wie neu geboren,
Jeder Bürger ist ein Potentat.
Freie Brüder sind
Mann und Weib und Kind,
Und das Paradies, es ward zur Tat.
Alle Unterschiede sind verflossen
Zwischen groß und klein und arm und reich.
Jetzt sind alle Menschen nur Genossen,
Jetzt sind alle Bürger frei und gleich.
Jetzt ist jeder Brauch
Frei, die Liebe auch,
Für die Alimente sorgt das Reich.

Was aber hat die Leipziger Staatsretter so kollerig gemacht, daß sie Ueberzeugung vor Geschäft stellten? Die zwei Zeilen: „Jetzt sind alle Menschen nur Genossen" und „Für die Alimente sorgt das Reich"! Wer lacht da?

Gewerkschaftliches.

Ueber 1500 Bureauangestellte (bei Rechtsanwälten) beschlossen am Freitag abend in Berlin eine Eingabe an den Vorstand des Berliner Anwalt-Vereins. In der Hauptsache wird verlangt: schriftlicher Lehrvertrag; Regelung der Lehrlingsfrage; Monatsgehälter für Lehrlinge in den ersten drei Jahren von 25 bis 50 M., für Gehilfen von 60 bis 100 M., für Bureauvorsteher 125 bis 150 M.; Achtstunden-Arbeitstag; einmonatliche Kündigung; 14 Tage Urlaub im Jahre; paritätische Schlichtungskommission sowie Arbeitsvermittelung auf paritätischer Grundlage.

Die Gewerbegerichtswahlen in Kolmar haben mit dem Siege der organisierten Arbeiter geendigt. Sie erhielten etwas über 1000 Stimmen, was einer Wahlbeteiligung von 50 Proz. gleichkommt. Eine Gegenliste war nicht aufgestellt. Die „Christlichen" hatten vor 3 Jahren eine derartige Niederlage erhalten, daß sie eine Wahlbeteiligung diesmal nicht wagten.

Eine Arbeitslosenzählung wurde am 17. Januar in Gotha vorgenommen. Das vorläufig ermittelte Resultat ist folgendes: In den Orten Hohenkirchen, Boilstädt, Sundhausen, Goldbach, Siebleben, Remstädt und Uelleben wurden ermittelt: 132 gänzlich Arbeitslose, 8 teilweise Beschäftigte und 18 Personen, die Invaliden- und Unfallrente beziehen. Davon sind 75 verheiratet mit 151 Kindern. Organisiert sind 61. In Gotha haben in Arbeit gestanden 84. In der Stadt Gotha wurden ermittelt: 151 gänzlich Arbeitslose, 56 teilweise Beschäftigte und 36 Personen, die Invaliden- und Unfallrente beziehen. Davon sind 110 verheiratet mit 227 Kindern. Organisiert sind 46. Arbeitslos durch Krankheit waren in den Vororten 16 Personen. Im Januar 1903 wurden in Gotha gezählt: 237 gänzlich Arbeitslose und 111 teilweise Beschäftigte. Im Januar 1902: 409 gänzlich Arbeitslose und 276 teilweise Beschäftigte.

Portefeuiller-Verbandstag in Offenbach. Laut Beschluß des Verbandsvorstand und Ausschusses findet der erste deutsche Verbandstag der Portefeuiller und Sattler Ostern dieses Jahres in Offenbach statt. Die Vorbereitungen hierzu sind in vollem Gange. Der Verband erstreckt sich hauptsächlich auf die Städte Berlin, Hamburg, Leipzig, Freiberg in Sachsen, Stuttgart, Nürnberg, Frankfurt und Offenbach mit Umgegend. Die Tagesordnung für diesen Verbandstag ist bereits festgesetzt; die Arbeitslosenunterstützung und die Hausindustrie sowie Konflikt mit dem Buchbinder-Verband beanspruchen das Hauptinteresse.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle, 23. Januar.

Vorsitzender: Landgerichtsrat Behm; Ankläger: Staatsanwalt Dr. Kloß.

Einfacher Bankerott wurde dem Kaufmann Otto Richter von hier zur Last gelegt. Der Angeklagte hatte im April v. J. mit wenig Kapital hier ein Eier-, Butter- und Margarine-Geschäft eröffnet. Das Geschäft florierte nicht und der Verdienst war sehr gering. Die Einnahmen waren vollständig, die Ausgaben unvollständig eingetragen und am 28. Juni brach der Konkurs aus. Dem Angeklagten wurde vorgeworfen, Handelsbücher nicht ordnungsgemäß geführt und es unterlassen zu haben, eine Eröffnungsbilanz zu ziehen. Die Firma war ins Handelsregister eingetragen. Die Passiva werden auf 5500 Mk. beziffert und für die Gläubiger werden 17 bis 20 Prozent übrig bleiben. In 4 Monaten hatte der Angeklagte einen Umsatz von 10 000 Mk., aber der Verdienst an den Waren soll ein sehr geringer gewesen sein. Der Angeklagte will es aber nicht geglaubt haben, daß es zu einem Konkurs kommen würde. Der Angeklagte wurde wegen Vergehens gegen § 240 der Konkursordnung zu 60 Mk. Geldstrafe ev. 12 Tagen Gefängnis verurteilt.

Eine eigenartige Pfändungsgeschichte kam in der Sache des Nachtwächters Friedrich Meiße von Gerbstädt zur Verhandlung. N. hatte Schulden gemacht und der Gerichtsvollzieher hatte im September die noch in seinem Ackerstück befindlichen Kartoffeln gepfändet. Der Gerichtsbeamte steckte in N's. Ackerstück einen Pfahl hinein, heftete daran eine Tafel und das Pfandsiegel. Der Nachtwächter störte sich aber nicht daran und holte sich etwa einen halben Zentner Kartoffeln aus seinem Felde heraus. Da er wegen Pfandbruchs schon vorbestraft ist, verurteilte ihn das Gerbstädter Schöffengericht in diesem Falle zu drei Wochen Gefängnis. Er legte Berufung ein und war der Ansicht, er hätte die Kartoffeln heraus holen können, da der Gerichtsvollzieher es unterlassen habe, ihm einen Teil zum Essen zur Verfügung zu stellen. Die Pfändungstafel habe sich auch nicht in der Mitte des Ackerstücks sondern ganz auf einer Seite befunden und die Kartoffeln habe er weit entfernt von dem Amtssiegel heraus geholt. Das Gericht ließ sich aber auf die Einwendungen des Angeklagten nicht ein und verwarf die Berufung.

Fahrlässige Brandstiftung, durch die ein erheblicher Schaden verursacht wurde, lag dem Handlungslehrling Johannes Müller von hier zur Last. M. bekam am 24. November als Angestellter im Delikatessengeschäft von Sprengel u. Ring den Auftrag, nach dem auf dem Boden befindl. Lagerraum zu gehen. Es besteht die Anordnung, solche Räume, in denen feuergefährliche Sachen, Holzwolle, Watte 2c. lagern, nicht mit einem offenen Lichte zu besuchen. Da aber die zu diesem Zwecke bestimmte Laterne nicht in Ordnung war, nahm der junge Mann nur ein gewöhnliches Licht. Durch einen unglücklichen Zufall kam er zum Stolpern; das Licht fiel in einen Kasten mit Watte, dieselbe fing Feuer und setzte die zum Einpacken der Früchte 2c. lagernde Holzwolle in Brand. Es verbrannten u. a. eine ganze Menge Südfrüchte, Waren im Werte von 2000 Mk. Der Brandschaden am Hause wurde auf 1550 Mk. geschätzt. Der Angeklagte, der sich stets gut geführt hat, wurde unter Berücksichtigung dieser Umstände zu 30 Mk. Geldstrafe ev. 6 Tagen Gefängnis verurteilt.

Erfolg mit ihrer Berufung erzielte die Handelsfrau Thormann von hier, die vom Merseburger Schöffengericht wegen Unterschlagung zu drei Tagen Gefängnis verurteilt worden war. Sie sollte eines Tages auf dem Markte zu Merseburg bei dem Einkauf von Aepfeln ein Portemonnaie mit 40 Mk. Inhalt, das eine Frau Doß versehentlich in einen Obstsack

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219040127-12/fragment/page=0006

gesteckt hatte, mitgenommen und dasselbe nicht wieder abgeliefert haben. Das Gericht erachtete die Sache nicht für genügend aufgeklärt, da noch andere Möglichkeiten vorhanden sind, durch welche das Portemonnaie verschwunden sein könne. Unter Aufhebung des Urteils 1. Instanz erfolgte die Freisprechung.

Diebstähle. Die 16jährige Aufwärterin Selma Mangold von Merseburg erhielt einen Monat Gefängnis, weil sie einem Lehrer mehrere Kleidungsstücke entwendet haben sollte. — Der Geschirrführer Friedrich Peter von Merbitz wurde zu vier Wochen Gefängnis verurteilt, weil er dem Oekonomen Knortscheidt einen Krümmer weggenommen hat.

Parteinachrichten.

— **Genosse von Vollmar.** In der bürgerlichen Presse zirkuliert diese Notiz: „Das Befinden des Land- und Reichstagsabgeordneten v. Vollmar, der sich bekanntlich zu seiner Erholung im Süden befindet, gibt seinen Freunden zu der Befürchtung Anlaß, daß der Führer der bayerischen Sozialdemokratie nicht mehr auf den Schauplatz seiner Tätigkeit zurückkehren werde. Die Lähmungen machen trotz aller ärztlichen Kunst besorgniserregende Fortschritte."

Hierzu bemerkt die Münchn. Post: Das ist glücklicherweise Schwindel. Der Gesundheitszustand unseres Freundes hat sich, obwohl das Beinleiden ihm viel zu schaffen macht ganz bedeutend gebessert. Er selbst schrieb einem Mitgliede der sozialdemokratischen Landtagsfraktion unterm 21. ds.: „. . . Vor drei bis vier Wochen werde ich nicht kommen können, obwohl es jetzt kräftig vorwärts geht. Dann denke ich aber wieder tüchtig mittun zu können." Auch Gen. Auer ist wieder so weit von seinem Nervenleiden hergestellt, daß er bei schönem Wetter schon kleine Spaziergänge machen kann.

Halle und Umgegend.

Halle, 26. Januar.

Aus dem Stadtverordnetensaale.

Zwei Taten eines unentwegt freisinnigen Professors, des Herrn Dr. med. und außerordentlichen Universitäts-Professors Kohlschütter, haben der gestrigen Sitzung dauernden Wert verliehen. Zuerst befürwortete Herr Prof. Kohlschütter die Verschlechterung der Geschäftsordnung, durch welche es den Sozialdemokraten hinfort unmöglich gemacht werden soll, bei den Kommissionswahlen eine Abstimmung mittels Stimmzettel herbeizuführen, und dann trat derselbe Herr für das Weiterbestehen der illustren Kommission ein, welche den offiziellen Titel führt „Kommission zur Auswahl von drei Sorten im Ratskeller zum Ausschank kommenden Weines". In beiden Fällen stellte Herr Kohlschütter ganz seinen Mann. Das tut ein Professor freilich immer, und ein freisinniger Professor erst recht. Wer sich noch erinnert, wie Herr Kohlschütter bei der vergangenen Reichstagswahl in den Versammlungen der Freisinnigen Volkspartei den Vorsitz führte und wie er der agrarischen Reaktion gegenübertrat, die gestützt auf ihre Macht die Gesetzgebung zu ihren Gunsten mißbrauche, der müßte sich allerdings ein wenig wundern, daß derselbe Professor jetzt die Macht der Mehrheit, zu der er im Stadtverordnetensaale gehört, mißbraucht, um einer Minderheit ein Recht zu rauben. Man müßte sich darüber wundern, wenn es sich nicht eben um einen Freisinnigen handelte, der zum Ueberdruß noch Professor ist. Wer jedoch diese beiden Eigenschaften in sich vereinigt, der überhebt neuerdings die Welt der Pflicht, über eine seiner Handlungsweisen zu staunen.

Aus dem Sitzungsbericht lernen unsere Leser den Verlauf der Debatte über die Kohlschütterische Verschlechterung der Geschäftsordnung kennen. Sein Antrag wurde schließlich mit 36 gegen etwa 20 Stimmen angenommen. In Zukunft findet also nur dann eine Stimmzettelwahl statt, wenn mindestens 10 Stadtverordnete bei Besetzung der Kommissionen anderer Meinung sind als die Vorschlagskommission. Die bürgerlichen Parteien werden naturgemäß, wenn sie andere Personen vorschlagen, die zehn Stimmen leicht aufbringen können; für sie wiegt darum die Kohlschütterische Verschlechterung der Geschäftsordnung nicht schwer. Dagegen könnte wohl eher die Erde ein Würfel werden, ehe ein in Vorschlag gebrachter Sozialdemokrat die nötige Unterstützung findet. Trotzdem schwuren gestern die Herren Kohlschütter und Dittenberger Stein und Bein, es sei nicht wahr, daß die Aenderung der Geschäftsordnung eine Vergewaltigung der sozialdemokratischen Minderheit bedeute. Dazu, so sagte Herr Dittenberger, werde er niemals seine Hand reichen; aber eine solche Vergewaltigung liege eben nicht vor und möge Herr Thiele das Gegenteil auch zehnmal behaupten.

Die alte Geschichte! Wenn die Reaktion irgend einen Schurkenstreich ausgeheckt hat, so geschieht es nie, um das Volk zu betrügen, sondern um sein Wohl zu fördern. Wenn die Gewalthaber aller Zeiten ihren Gelüsten die Zügel schießen ließen, so taten sie das nie im Interesse ihrer Personen sondern stets zum Vorteil des Ganzen. Und wenn unser freisinniger Professor Kohlschütter die Hand an die Geschäftsordnung legt, so will er nicht der sozialdemokratischen Minderheit das letzte Mittel nehmen, ihr Recht, in die Kommissionen gewählt zu werden, geltend zu machen, sondern er will nur „der Zeitvergeudung ein Ende machen". Darum sagte auch der ertappte Taschendieb, er habe nicht stehlen sondern nur sehen wollen, ob der Bestohlene das Herausziehen der Börse merken werde. Und wenn die Kirche im Mittelalter einen Ketzer foltern ließ, so drückte sie sich nicht so grob aus sondern ordnete die „peinliche Frage" an. Trotzdem ist Tallenrand in den Augen unseres freisinnigen Professors ein Ausbund von Unmoral, weil er zu einem spanischen Gesandten gesagt haben soll, die Sprache sei dem Menschen gegeben, um seine Gedanken zu verbergen.

Herr Kohlschütter triumphierte. Mit 36 Stimmen wurde sein Erdrosselungsantrag angenommen. Dagegen erwies sich Herr Kohlschütter ein Viertelstündchen später als treuer Beharrer am Alten. Diesmal waren es die Sozialdemokraten, welche eine Aenderung verlangten, nämlich die Streichung der unsäglich lächerlichen Kommission zur Prüfung dreier im Ratskeller zum Ausschank kommenden Weinsorten. Um den Blödsinn in seiner ganzen Glorie erscheinen zu lassen, beantragten die Sozialdemokraten, wenn die Streichung der Kommission abgelehnt werde, solle ihre Tätigkeit auf die Prüfung der Biere und Liköre ausgedehnt werden. Wieder war es da Herr Kohlschütter, der das erlösende Wort fand. „Der Wein wird in Regie des Magistrats verschenkt." Deshalb muß er anders behandelt werden. Was kein Verstand der Verständigen sieht, das übet in Einfalt ein kindlich Gemüt. Aber Herr Kohlschütter hat heute vor einem Monate, am zweiten Weihnachtstage, sein 66. Lebensjahr vollendet. Sollte er sich dem Alter der zweiten Kindlichkeit nähern? Unsere Leser aber mögen erfahren, welche von den Herren es über sich gewonnen haben, auf Kosten der Weinlieferanten gute Weinsorten gratis zu „proben". Es sind Stadtbaurat Genzmer, die Stadträte Neißner, Colla und Werther sowie die Stadtverordneten Klopfleisch (gestern neu gewählt), Dr. Baumert, Jentzsch, Nesse und Glimm. Letzterer wird wahrscheinlich gebraucht, um sein juristisches Gutachten abzugeben. Gar schwere Pflichten hat ein Stadtvater mitunter zu erfüllen; eine der schwersten mag sein, auf Kosten anderer diverse Weinsorten zu schlucken. Nur das Bewußtsein, auch dadurch die Staudy-Hollische Politik des Gemeinwohls zu fördern, läßt die Herren ausharren. Die Arbeiter aber werden mit Verehrung erfüllt werden vor solcher hingebenden Selbstaufopferung. Amen!

Der unbekannte Mitarbeiter der Halleschen Zeitung

darf die am vorigen Donnerstag im Sozialdemokratischen Verein geführten Debatten nicht vorübergehen lassen, ohne seiner Freundschaft für unsere Partei den entsprechenden Ausdruck zu geben. Es wäre auch zu verwundern, wenn er seine ruhmlose Tätigkeit sang- und klanglos beenden würde, ohne den Lesern der Halleschen Zeitung pflichtgemäß den schönen Erfolg seiner lauteren Wirksamkeit zur Kenntnis gebracht zu haben. Und da auch unsere Leser ein Recht darauf haben, unterrichtet zu werden, wie der anonyme Held diese Wirksamkeit einschätzt, wollen wir ihnen die „objektive" Kritik der Donnerstags-Verhandlungen nicht vorenthalten. Nachdem der mutige Einsender versichert, daß die ganze Angelegenheit totgeschwiegen worden wäre, wenn nicht die Hallesche Ztg. sich als Retterin der bedrängten Buchdrucker ins Mittel gelegt hätte, — eine Auffassung, die um deswillen schon hinfällig ist, weil sog. Buchdruckerdebatten schon früher im Sozialdem. Verein geführt wurden, ohne daß die Hall. Ztg. anonymen Mitarbeitern vom Schlage des Verfassers der nachstehenden Zuschrift vorher ihre Spalten öffnete — fährt er fort:

Trotzdem durch die „Debatte" klar und deutlich festgestellt ist, daß die Unzufriedenheit über das sozialdemokratische Institut berechtigt ist und die sozialdemokratischen Weisheitshelden am allerwenigsten Ursache haben, über ihre Gegner herzufallen, wurde ein nichtssagendes, offenbar von „oben" diktiertes „Resolutiönchen" angenommen, in welchem, wie vorauszusehen war, die mit der sozialdemokratischen Wirtschaft Unzufriedenen nicht gerade zu ihrem Rechte kamen. Man brütete sich, daß die Setzer bohe Löhne bekämen (d. h. nicht höhere wie wo anders!), und appellierte dabei an den niedrigsten Instinkt der „Genossen", den Neid; man tat sich auch mit der Pflicht und Schuldigkeit dicke, daß man dem Personale im sozialdemokratischen Dorado die gesetzlichen Feiertage bezahle. (Die Bezahlung des von den Sozialdemokraten den Arbeitern diktierten „Weltfeiertages", 1. Mai, haben sich die Buchdrucker von den „Genossen" erst erkämpfen müssen.) Für das „Resolutiönchen" wird ausschlaggebend gewesen sein, daß sich die Buchdrucker mißliebig machen, weil sie nicht als „Vollgenossen" handeln und nicht allen sozialdemokratischen Klimbim mitmachen. Aus mancherlei Aeußerungen von Mitgliedern des sozialdemokratischen Vereins geht dies deutlich hervor. Der Buchdrucker-Verband hat den sozialdemokratischen Annaßungen gegenüber bisher noch seine Selbständigkeit einigermaßen gewahrt, und die Buchdrucker sind denen, die sich da „Ober"- und „Vollgenossen" nennen, längst ein Dorn im Auge; der Verband tut gut, wenn er bisher weiter das bleibt, was er ohne jegliche Hilfe der „Genossen" geworden ist, würde er das Gegenteil tun und würden sich die Buchdrucker von den „Genossen" ganz einfangen lassen, dann wären jene auch nur ein Spielball in den Händen der sozialdemokratischen Egoisten. Die ganze Geschichte reiht sich als ein weiteres Beispiel zu den vielen, die beweisen, wie es in der Sozialdemokratie eigentlich aussieht.

Wenn sich die letztere Partei noch erlauben kann, Differenzen und Mißhelligkeiten in ihren Reihen öffentlich auszufechten, kann es mit ihr doch nicht so schlimm stehen. Wir wiederholen: Der Konservative Verein soll in seiner nächsten Sitzung zum Gegenstand der Besprechung machen: Die Zustände in der Druckerei der Hall. Ztg., und wir erkennen gern an, daß alsdann die Hall. Ztg. das Recht hat, Differenzen im sozialdemokratischen Lager nach ihrer Art zu verwerten. Da man sich wohlweislich hütet, diesen Weg zu beschreiten, sind die Wutanfälle des Einsenders vollständig deplaziert. Würde der Wutsaut des „Resolutiönchens" mehr seinem Geschmack entsprechen, dann hätte man es mit einer Resolution zu tun und die Arbeiter hätten sich wieder einmal als die guten, braven Schäflein erwiesen, die schon zu gebrauchen wären, wenn sie nicht von den Ober- und Vollgenossen verführt würden. So aber ist der wackere Mitarbeiter des konservativen Organs schwer enttäuscht worden, und man muß ihm schon das Vergnügen gönnen, sich über den jämmerlichen Erfolg seines hinterlistigen Treibens durch wüstes Schimpfen hinwegzutrösten.

Der Inhalt des vorstehenden Machwerks beweist höchstens nunmehr unzweideutig, daß der Verfasser ein Buchdrucker ist. Darauf läßt ohne weiteres auch die Hereinziehung des 1. Mai schließen. Da nicht zu erwarten ist, daß er den Mut besitzt, seine Verunglimpfungen unserer Partei öffentlich zu wiederholen, bleibt uns nur übrig, sein Verhalten als maßlos feig und niederträchtig zu kennzeichnen.

An Herrn Prof. Dr. Suchsland

richtet die Schriftleitung der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau folgende offene Anfrage:

Sehr geehrter Herr Professor!

In Ihrer Broschüre „Los von den Konsumvereinen und Warenhäusern" schreiben Sie wörtlich: „Für Handwerker, welche in einem Konsumverein sind, verfüge ich zu meinem Bedauern über keinen parlamentarischen Ausdruck."

In der gleichen Verlegenheit sind wir in einem anderen Fall. Wir finden nämlich keinen parlamentarischen Ausdruck über das Gebaren eines Mannes, der

1. an der Spitze eines gegen die Konsumvereine agitierenden Schutzvereins steht;
2. Rabattvereine zur Vernichtung der Konsumvereine errichtet;
3. mit Wort und Schrift die Existenzberechtigung der Konsumvereine angreift;
4. Ihre oben angeführte Broschüre als ausgezeichnet geschrieben bezeichnet und in Nr. 11 der Geschäftswehr, „dem Organ des württembergischen Schutzvereins für Handel und Gewerbe" aufs wärmste empfiehlt und
5. daneben Konsumvereine aufsuchen läßt und als Grossist Waren an Konsumvereine verkauft.

Vielleicht finden Sie, sehr geehrter Herr Professor, einen parlamentarischen Ausdruck über dieses Gebaren dieses Herrn Adolf Stübler, Vorstand des Schutzvereins für Handel und Gewerbe in Stuttgart?

Die Schriftleitung.

Auf, Herr Professor, zum Kampf gegen die Konsumvereine. Hier hilft kein Maulspitzen, hier muß gepfiffen werden. Wir sind sehr begierig, wie der parlamentarische Ausdruck lautet, den zu suchen, Herr Suchsland nunmehr die Aufgabe hat.

Auf sonderbare Vorgänge

läßt ein Inserat schließen, daß sich Ende voriger Woche in der Saalezg. befand. Es lautet:

Antwort!

Wenn Sie vom Grabe heimlich
Pflanzen genommen, sollten Sie im
voraus auf Annahme eines kirchlichen
Ehrenamtes verzichten.

Das meinen wir auch. Der Aufgeber des Inserats hat damit übrigens alle jene, welche kirchliche Ehrenämter angetragen bekommen und aus irgend welchen Gründen sie ablehnen, in eine keineswegs beneidenswerte Situation gebracht.

* **Eine furchtbare Strafe** wurde über den Soldaten Friedrich Thiele von hier verhängt, der bei dem 16. Ulanen-Regiment dient. Er war bei Ausübung einer Stallwache wegen des Satteins eines Pferdes mit seinem Gefreiten in einen Wortwechsel geraten. Thiele soll mit den Worten: „Wenn Du auch Gefreiter bist und einen Degen um hast, haue ich Dir doch ein paar runter!" den Gefreiten an die Brust gefaßt und gegen einen Querbaum geschleudert haben. Außer dem Angeklagten, der in einer augenblicklichen Erregung gehandelt haben will, bestätigen eine ganze Anzahl von Zeugen den Vorfall wie angegeben. Das Urteil des Kriegsgerichts der 7. Division in Magdeburg lautete auf 9 Jahre und 1 Woche Gefängnis.

* **Die Hebammenlehrkurse** bei den Hebammenlehranstalten zu Erfurt und Magdeburg werden im Jahre 1904 in der Zeit vom 11. April bis 10. Mai stattfinden. Die Nachkursistinnen sind dem Landeshauptmann spätestens bis zum 1. März 1904 anzumelden.

* **Gestorben** sind in Halle-Nord 22 Personen und zwar an: Blutsturz 1, Wirbelcaries, allgemeiner Tuberkulose 1, angeborener Lebensschwäche bezw. Frühgeburt 2, Stimmritzenkrampf 1, chronischem Magenkatarrh, Soor 1, Atrophie 1, Lungenblutung 1, Inanition, Mantle 1, Rachitis, Keuchhusten 1, Herzschlag 1, Carcinom, Noeuus im Rücken 1, Herzlähmung infolge einer fieberhaften Lungenerkrankung 1, Fraktur der Schädelbasis infundualen Blutungen 1, Schlaganfall 1, Dunentia paralytica 1, septischer Erkrankung bei Pyohose 1, Tabos dorsalis und Bronchialkatarrh 1, Blutvergiftung und Lungenentzündung 1 Lungenemphysem und Asthma 1, Magern 1, Eierstockseiterung und Nierenentzündung 1. — Darunter befinden sich 5 in hiesigen Krankenanstalten verstorbene Ortsfremde.

In derselben Zeit verstarben in Halle-Süd 34 Personen und zwar an: Bauchfellentzündung 1, Lebercarcinom 1, Gebärmutterkrebs 2, Apoplexie 1, Magern 1, Lungenschwindsucht 2, Diphtherie 2, Schlaganfall 2, Gesichtskarbunkel 1, Lebensschwäche 2, Knochenmarkeiterung des rechten Schienbeins 1, Influenza 1, Krämpfe 1, Gehirnblutung 1, Unterleibsquetschung und Darmzerreißung 1, Altersschwäche 1, Leberentzündung 1, Lungenentzündung 2, Asthma bronchiale 1, Meningitis 1, Pleuropneumonie 1, Selbstmord durch Vergiftung 1, Darmriß und Bauchfellentzündung 1, Blutschwamm am Ohr 1, Myocarditis 1, durch Sturz in einen Schacht 1, chron. Darmkatarrh 1, dazu Totgeburten 1. — Darunter 9 Ortsfremde.

* **Aus dem Bureau des Stadttheaters.** Mittwoch: Zopf und Schwert von Gutzkow. Für Donnerstag ist die vollständig neu ausgestattete Armide angesetzt. Als nächste Novität bereitet das Schauspiel M. Halbes Strom vor.

* **Aus dem Bureau des Neuen Theaters.** Am Mittwoch finden 2 Vorstellungen statt und zwar nachmittag 4 Uhr als Extra-Vorstellung zu Einheitspreisen von 60, 40, 20 Pfg. Sudermanns Johannisfeuer, während am Abend Georg Engels hochinteressantes Drama Ueber den Wassern (das packende Stück spielt bekanntlich zur Zeit der Sturmflut an der Ostseeküste, wo durch Dammbruch ein ganzes Fischerdorf dem Verderben anheimfällt) zur Aufführung kommt. Am Donnerstag ist wieder ein Bunter Abend aufs Repertoir gesetzt, an welchem neben Max Beyolds stimmungsvollem Drama Marienfäden Adolf Rosees übermütiger Schwank Der Mustergatte und zum Schluß Dr. Gustav Klitschers Ninette im Schnee in Scene geht, welch tolle Novität bei jeder Wiederholung wieder mit dem von Frl. Fernando gesungenen Kouplet Ich bin so verliebter Natur stürmisch akklamiert wird.

Aus den Nachbarkreisen.

Weißenfels. Statistik des Gewerbegerichts. Im verflossenen Geschäftsjahre 1903 waren bei dem hiesigen Gewerbegericht 159 Streitsachen anhängig, und zwar waren 127 Klagen von Arbeitnehmern und 32 von Arbeitgebern erhoben. Es fanden 69 Sitzungen statt, davon 27 unter Zuziehung von Beisitzern, die übrigen ohne Beisitzer. Durch Vergleich erledigten sich 89 Prozeßsachen, also die überwiegende Anzahl aller Streitigkeiten; in 34 Fällen wurde ein Urteil gefällt. Durch Zurücknahme der Klage teils im Termin, teils vor demselben fanden 28 Sachen und 6 durch Versäumnisurteil ihre Erledigung. 2 Streitsachen wurden vertagt und blieben unerledigt. Zumeist — in 89 Fällen — handelte es sich um kleinere Streitobjekte bis zur Höhe von 20 Mk., in 65 Fällen betrug der Wert des Streitgegenstandes 20 bis 100 Mk., zum Werte von mehr als 100 bis 500 Mk. waren 5 Sachen anhängig. Die Streitigkeiten bezogen sich zum großen Teil auf Antritt, Fortsetzung oder Auflösung des Arbeitsverhältnisses sowie Aushändigung oder Inhalt des Arbeitsbuches, Zeugnisses, Lohnbuches, und zwar in 109 Fällen, in 35 Fällen auf Leistungen aus dem Arbeitsverhältnisse. Die übrigen Klagen betrafen die sonstigen zur Zuständigkeit der Gewerbegerichte gehörigen Streitgegenstände.

Streckau. (Eig. Ber.) Kündigung. Wie uns mitgeteilt wird, sind auf Grube Emma 15 Arbeiter gekündigt worden. Wenn es auch meistens ledige Leute sind, so ist auch zu bedenken, daß auch diese leben wollen. Man konnte es wohl einrichten, daß auch diese beschäftigt würden. So ist es aber auf fast sämtlichen Gruben, sobald die Kampagne beendet ist, zuzt man auf alle mögliche Weise die Arbeiter indirekt oder direkt zu kündigen; denn bei jeder Gelegenheit kann man hören: Wenn es Ihnen nicht paßt, nun, dann gehen Sie eben.

— Strubenbrand. Am Donnerstag abend gegen 9 Uhr brach in der Wohnung des Schmieds H. Bauer ein Schadenfeuer aus, welchem zwei Betten, verschiedene Kleidungsstücke und ein Stück Dielung zum Opfer fielen. Der Schaden, welcher durch Versicherung gedeckt ist, beträgt einige hundert Mark. Wie verlautet, soll das Feuer dadurch entstanden sein, daß man mit Ziegelsteinen, wie im Winter vielfach die Unsitte besteht, die Betten durchwärmte.

Jena. Wer trägt die Schuld. Zu dem schweren Unglücksfall, der sich am Freitag mittag am Weimar-Geraer Bahnhofe ereignete und dem zwei Menschenleben zum Opfer fielen, seien noch folgende Einzelheiten mitgeteilt: Auf Anordnung der Polizeibehörde mußten alsbald nach dem Unglück die sämtlichen Arbeiter an der Unfallstelle ihre Tätigkeit einstellen. Die Arbeiten sind von der Firma Mühlhauß u. Schulz in Weißenfels ausgeführt worden. Der etwa 24jährige Schachtmeister Karl Grosse, der die Oberaufsicht führte, wurde noch nachmittags verhaftet und nach dem Amtsgerichtsgefängnis transportiert; ob auch die Firma selbst in strafrechtlicher Hinsicht für die Folgen des Unglücks verantwortlich gemacht werden kann, wird die Untersuchung lehren. Die Unfallstelle ist inzwischen auf behördliche Anordnung photographisch aufgenommen worden; Besichtigungen fanden statt durch die Staatsanwaltschaft aus Weimar, das Stadtbauamt und Sachverständige. Uebereinstimmend geht das Gutachten dahin, daß die Abgrabungen in geradezu frevelhafter Weise geleitet und ausgeführt worden sind. Die hiesige Polizeibehörde vertritt den Standpunkt, daß ihr ein Aufsichtsrecht an der Unfallstelle nicht zusteht, da ein Grundstück in Frage komme, das dem Bahnfiskus gehöre, infolgedessen die Bahnpolizei zuständig sei. Die Staatsanwaltschaft hat es der hiesigen Polizeibehörde überlassen, wann die Arbeiten wieder aufgenommen werden können. Sonnabend Nacht gingen dort wieder große Erdmassen nieder, die Folgen des stattgefundenen sträflichen Unterminierens, das geschah, um in skrupelloser Weise bei der ganzen Sache einen möglichst großen Gewinn herauszuschlagen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219040127-12/fragment/page=0007

Der Schachtmeister Grosse ist am Montag wieder aus der Haft entlassen worden. Er hat zu seiner Verteidigung den Einwand erhoben, daß er seinen Chefs, der Firma Mühlhauß u. Schulze, wiederholt mitgeteilt habe, daß die Arbeiten unter den bisherigen Verhältnissen wegen großer Gefahr für die Arbeiter nicht fortgesetzt werden könnten; vergebens habe er auch ersucht, ihm das erforderliche Material zur Vornahme der Sicherungsarbeiten zur Verfügung zu stellen.

Stadtverordneten-Sitzung

vom 25. Januar 1904, nachmittags 4 Uhr.

Vorsteher: Dittenberger.

Eingegangen ist eine Petition des Stadtgutpächters Schramm auf Zurückerstattung von Brandschadengebühren. Die Petition wird auf einige Zeit zurückgelegt. Vertagt wurde die Petition vom Besitzer des Birkenwäldchens, Herrn Scheibe; desgleichen die Petition des Bürgervereins zur Wahrung Kröllwitzer Interessen; es handelt sich bei letzterer um die ominöse Bedürfnis-Anstalt. Die Petition des Verbandes der Ortskrankenkassen, betreffend Errichtung eines Volksbades, wird auf Vorschlag des Vorstehers, der um Beschleunigung der Sache ersucht, der Petitions-Kommission überwiesen. Zurückgestellt wurde die Petition des III. Kommunalen Vereins auf Errichtung einer Bedürfnisanstalt und Vornahme von Pflasterungen; desgleichen die Petition des Armenpflegers Hornbogen. Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 18. Januar wurde in die Tagesordnung eingetreten. Zum ersten Punkt der Tagesordnung:

Abänderung des § 44 der Geschäftsordnung der Stadtverordneten-Versammlung, nimmt Stadtverordneter Kohlschütter das Wort. Er erachtet es für überflüssig, eine längere Begründung für die Einschaltung des Passus „Gegenvorschläge müssen von 10 Mitgliedern unterstützt werden" zu geben. Durch die Abänderung der Geschäftsordnung solle nur Zeit gespart werden.

Stadtv. Thiele: Ich verstehe es wohl, wenn Herr Kohlschütter darauf „verzichtet", für seinen Antrag Gründe anzugeben. Sie haben eben weiter keinen Grund als den, uns Sozialdemokraten wehrlos zu machen, wenn Sie uns bei Besetzung der Kommissionen übergehen. Sehr interessant ist es, daß der Abänderungsantrag von dem Herrn Kohlschütter kommt. Durch die Abänderung der Geschäftsordnung wird die geheime Abstimmung zur lächerlichen Spiegelfechterei (der Vorsteher ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung). Stadtv. Thiele fortfahrend: Durch den Abänderungsantrag wird verlangt, es müsse jeder anderweite Vorschlag für Besetzung der Kommissionen von mindestens zehn Mitgliedern unterstützt werden. Selbstverständlich werden nur diejenigen bei der Unterstützungsfrage sich erheben, die gewillt sind, für den neuen Vorschlag zu stimmen. Damit ist aber doch schon die Abstimmung vollzogen, und die nachfolgende Stimmzettelwahl hat keinen Sinn mehr; sie ist eben nur noch Spiegelfechterei. Durch den Antrag Kohlschütter wird die Minorität vergewaltigt und allen parlamentarischen Regeln zuwider gehandelt. Ganz willkürlich ist die Zahl zehn festgesetzt. Wenn zu ihrer Begründung gesagt worden ist, wenn die Zahl der Unterstützenden geringer wäre, so hätte der Vorschlag keine Aussicht auf Erfolg, so trifft das doch auch auf die Zahl zehn noch zu. Sie haben aber die Zahl zehn gewählt, weil wir nur 5 Sozialdemokraten sind und weil Sie hoffen, wir würden die Zahl zehn nie erreichen. Auch hieraus ergiebt sich, daß der Antrag eine Vergewaltigung der Minderheit bezweckt.

Vorsteher Dittenberger: Ich habe die Empfindung, daß von einer Vergewaltigung in diesem Falle keine Rede sein kann, und wenn Herr Thiele noch so oft betont, es sei doch eine, so beweist er damit nichts. Auch die geheime Abstimmung ist durch die Abänderung nicht gefährdet; es wird sich doch niemand scheuen, für den zu stimmen, den er für fähig hält. Mit der Festsetzung der Zahl 10 bezüglich der Gegenvorschläge ist etwa nicht gesagt, daß der Vorschlagende 10 Unterschriften bringen muß. Lassen Sie sich durch Herrn Thieles Ausführungen nicht abschrecken und stimmen Sie der Abänderung zu.

Stadtv. Thiele: Eine Drohung hat nicht in meinen Worten gelegen. Aber wenn die Abänderung der Geschäftsordnung beschlossen wird, so werde ich mit meinen Freunden keine Rücksicht mehr auf Ihre Zeit nehmen. Bis jetzt haben wir oft genug von Debatten abgesehen, wenn die Tagesordnung überladen war, obwohl wir Anlaß gehabt hätten, das Wort zu ergreifen. In Zukunft haben Sie, wenn Sie uns heute vergewaltigen, kein Anrecht mehr auf diese Rücksichtnahme. Wenn Sie in der Abänderung der Geschäftsordnung keine Vergewaltigung erblicken, so ist es begreiflich; denn Sie als Majorität haben ja nicht darunter zu leiden. Warum haben Sie denn gerade die Zahl 10 gewählt und nicht 5 festgesetzt, wie bei den Interpellationen? Schon daraus geht die böse Absicht hervor. Aendern sie die Geschäftsordnung ab, dann räumen Sie doch lieber mit der Wahl der Kommissionen überhaupt gleich auf. Lassen Sie doch dann die Vorberatungskommission beschließen. Sie werden sich mit jener Abänderung ins eigene Fleisch schneiden.

Stadtv. Föhring: Es kommt nicht bloß § 44 sondern auch § 58 bei der Abänderung der Geschäftsordnung in Betracht. Bei Abfassung der Geschäftsordnung hat man nicht voraussehen können, was zukünftig einmal passieren würde. Von einer Vergewaltigung der Minorität kann keine Rede sein, sondern die Majorität will sich nur gegen eine Vergewaltigung der Minorität schützen. (Lachen bei den Soz.) Man möge nur dem Antrage des Stadtv. Kohlschütter zustimmen und vor dem, was die Minorität auch dann unternehmen werde, keine Besorgnis haben.

Stadtv. Thiele: Herrn Föhrings Momente zur Abänderung der Geschäftsordnung waren nicht stichhaltig.. Warum ändern Sie denn § 53 der Geschäftsordnung nicht ab, wenn Sie meinen, dieser Paragraph komme mit in Betracht. Die Folgen, die die Abänderung der Geschäftsordnung mit sich bringt, haben Sie sich selbst zuzuschreiben. Wir werden uns das nicht gefallen lassen. Durch das Vorgehen wird die geheime Abstimmung lächerlich gemacht. Manchen von Ihnen wäre es allerdings am liebsten, es fänden gar keine Debatten statt. Das ist unsere Aufgabe aber nicht. Tun Sie, was Sie nicht lassen können. Schreiben Sie sich aber selbst die Folgen zu. Wir haben nicht die Veranlassung dazu gegeben. Sie haben vielmehr durch die uns angetane Kränkung, uns bei Besetzung der Kommissionen zu übergehen, uns erst provoziert. Wollen Sie den Antrag nicht aus Gerechtigkeitsgründen ablehnen, dann lehnen Sie ihn aus Klugheit ab.

Vorsteher Dittenberger: Wenn Herr Thiele durch sein künftiges Verhalten die Arbeiten im Kollegium verzögern will, so handelt er nicht sachlich, obwohl er kürzlich erklärt hat, er und seine Parteigänger ließen sich stets nur von sachlichen Gründen leiten.

Stadtv. Krüger: Ich habe zweimal im Kollegium erfahren, daß die Abänderung der Geschäftsordnung beantragt wurde. Zweimal hat die bessere Einsicht obgesiegt. Jetzt will man sich wieder hinter der Geschäftsordnung verschanzen, um Rechte der Minorität zu beschränken. Die Kommissionswahlen finden nur aller zwei Jahre statt, und da will dann das „starke" Kollegium zu solchen Mitteln greifen. Es genügt uns nicht, in den Kommissionen als stumme Zuhörer zu sitzen! Wir hatten beabsichtigt, in die Kommissionen hinein zu gelangen, um unsere Wünsche vorzutragen. Dort hätten wir unsere Ansichten viel schneller u. besser begründen können, u. damit wäre auch dem Plenum Zeit erspart worden. In diesem Sinne war auch nur die von dem Kollegen Thiele getane Aeußerung, die von dem Vorsteher als Drohung aufgefaßt wurde, zu verstehen. Die Freimachung einiger Kommissionen für einige sozialdemokratische Mitglieder wäre noch lange keine Vorbereitung zum Zukunftsstaate gewesen. Das Kollegium möge die Abänderung der Geschäftsordnung ablehnen.

Stadtv. Kohlschütter: Mit Herrn Thiele über die Sache noch zu streiten, ist nicht angebracht; er nennt unser Vorgehen Vergewaltigung, und wir nennen es Klugheit. Die Minorität hat die „Obstruktion" begonnen und wir haben zu Abwehrmaßregeln gegriffen. Die geheime Abstimmung ist nicht beeinträchtigt. Wer wird sich denn scheuen, denjenigen für die Kommission zu wählen, den er für fähig hält. Die Abänderung der Geschäftsordnung ist sachlich berechtigt.

Die Abstimmung ergibt, daß **36** Stadtverordnete für die Abänderung stimmten, und die Vergewaltigung beschlossen wurde.

Die umgeänderte Geschäftsordnung tritt aber erst in Kraft, wenn der Magistrat derselben beigetreten ist. Für heute gilt noch die alte Geschäftsordnung.

Fortsetzung der Wahl der Kommissionen. In die Schularztkommission wurde Stadtv. Gerig und in die Kommission zur Erbauung des Volksbades wurde auf Vorschlag des Stadtv. Thiele Stadtv. Emmer gewählt. Interessant gestaltete sich die Diskussion bei der Wahl der Kommission **„zur Prüfung der drei im Ratskeller zum Ausschank gelangenden Weine".**

Stadtv. Thiele: Namens meiner Freunde beantrage ich die Streichung dieser Kommission. Welche Krähwinkelei liegt in der Beibehaltung einer solchen Kommission! Wer bürgt dafür, daß die Herren, die den Wein prüfen sollen, den Geschmack des Publikums in seiner Allgemeinheit treffen? Die Kommission müßte einmal Bericht erstatten, wie sie jene Prüfung vornimmt. Es müßte dabei gesagt werden, wie viele „Sitzungen" abgehalten werden mußten, wie viele Gläschen von jeder Sorte Wein geprobt worden sind, welches Kommissionsmitglied die meisten Treffer gemacht hat, wie viele der geprobten Weinsorten unberücksichtigt blieben, wie lange die „Sitzungen" dauerten, und wie viele saure Heringe schließlich nötig waren, um die Folgen der „Sitzungen" zu beseitigen. (Heiterkeit.) Mache man sich doch nach außen hin nicht so sehr lächerlich und räume man mit der Krähwinkelei auf.

Für die Streichung der Kommission stimmten mehrere Stadtverordnete, aber nicht die Majorität. Stadtv. Thiele beantragt hierauf, um Methode in den Unsinn zu bringen, die Kommission auch mit der Prüfung der im Ratskeller zum Ausschank gelangenden Biere und Liköre zu beauftragen. (Heiterkeit.)

Stadtv. Krüger: Der Vorschlag erscheint mir sehr plausibel, meine Herren. Hält man die Weinprüfungs-Kommission aufrecht, so ist die Bierprüfungs-Kommission berechtigt. Wie kommen die „besseren" Klassen, unter denen sich die Weintrinker befinden, dazu, eine gewisse Sicherheit für den Weingenuß zu verlangen? Was den Weinkonsumenten recht ist, muß den Bierkonsumenten billig sein. Bier ist das eigentliche Nationalgetränk der Deutschen, und da sollte man denn auch prüfen, ob ein guter Tropfen im Ratskeller zum Ausschank gelangt.

Stadtv. Kohlschütter bemerkt, der Bierausschank sei Sache des Wirts; der Wein hingegen werde unter der Regie der Stadt verschenkt. Das Kollegium lehnte jedoch den Antrag ab. Nach der Erledigung der Wahl einiger Kommissionen wurde die Fortsetzung der Wahl vertagt und dann in die Beratung des Punkt 14 der Tagesordnung:

Abänderung der Bedingungen für Lieferung elektrischer Energie, eingetreten. Stadtv. Nesse beantragte einige Aenderungen, drang damit aber nicht durch. Krüger verlangte bezüglich der im § 4 festgelegten Bedingungen bessere rechnerische Unterlagen. Die in 15 Paragraphen aufgestellten Bedingungen wurden schließlich gut geheißen.

Kämmerei-Haushalt für 1904. Das Kapitel Berechtigungen wurde nach der Beantwortung einiger Fragen festgesetzt. Beim Kapitel Staats- und Provinziallasten forderte Stadtv. Thiele Auskunft über den Wohnungsgeldzuschuß für Chargierte (2500 Mk.). Die Beschlußfassung wurde deshalb ausgesetzt. Den Posten „für Vertretung der Stadt im Herrenhause", der von 500 auf 600 Mark ohne ersichtlichen Grund erhöht worden ist, beantragt Stadtv. Thiele zu streichen. Bürgermeister v. Holly erklärt, daß den Betrag der Oberbürgermeister — pro Tag 20 Mark — eingezogen habe. Laut Reglement habe Herr Staude das Geld zu verlangen. Stadtv. Krüger unterstützt den Antrag Thiele, Streichung des Postens. Hr. Staude bekomme neben seinem Gehalt noch rund 3000 Mark Repräsentationsgelder. Für diesen Betrag werde er wohl die Stadt Halle im Herrenhause mit vertreten können. — Das Kollegium lehnte aber gegen die sozialdemokrat. Stimmen die Streichung des Postens ab. Darauf Schluß der Sitzung. Die übrigen Punkte wurden vertagt.

Gemeindezeitung.

Schkeuditz. Schulsache. Am Sonntag tagte in Müllers Saal eine öffentliche Einwohnerversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Die Schule, wie sie ist und wie sie sein soll. Ref. Reichstagsabg. Thiele-Halle. 2. Ist die jetzige Erhebung des Schulgeldes gerecht? Der Vortragende bewies unter Berufung auf namhafte Pädagogen wie Pestalozzi, Diesterweg, Dittes, Kehr und andere, daß unsere Volksschule bei weitem noch nicht den Forderungen entspricht, die sie als Bildungs- und Erziehungsstätte haben müßte. Die Schule wird mißbraucht zur Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft. Schon die Lehrerbildung ist darauf zugeschnitten, daß die meisten Lehrer gar nicht recht zum Bewußtsein ihrer Aufgabe kommen sondern sich als gehorsame Diener der geltenden Staatsräson bewähren. Auf methodischem Gebiete sind die Fortschritte unverkennbar; aber auf dem Gebiete der Schulzucht herrscht fast überall noch der alte Zopf. Viele Lehrer halten es für ihre wesentlichste Aufgabe, den Kindern „patriotische Gesinnung" einzupauken. Ueber die Kulturwidrigkeit des Religionsunterrichtes, der Klassenüberfüllung, der Lehrmittelbeschaffung auf Kosten der Eltern, des Schuldrills und anderer Einrichtungen, die dem Unterricht nicht den vollen Erfolg sichern und den Kindern den Schulbesuch verekeln können, sprach sich Redner in dem 1¼ stündigen Vortrag ausführlich aus, worauf er ein Bild skizzierte, wie sich die Schule in einer freien, demokratischen Gesellschaft entwickeln könnte. Erst der Sozialismus wird der Schule die ihr zukommende Bedeutung sichern. Mit beißendem Spott wurde die Krähwinkelei gegeißelt, daß in Schkeuditz zum Vorteil einiger reichen Leute noch das Kopfschulgeld erhoben wird. Nach einer sehr lebhaften, anregenden Debatte fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die heutige Einwohnerversammlung beschließt, eine Petition an den Magistrat und die Stadtverordneten von Schkeuditz zu richten, damit das Kopfschulgeld aufgehoben wird und die Kosten durch Kommunalabgaben aufgebracht werden."

Die Diskussion hierzu war eine sehr lebhafte. Der Vorsitzende macht hierauf bekannt, daß Mitte März Listen in jeder Gewerkschaft zirkulieren, welche den Zweck haben, festzustellen, wie viel Einwohner das Bürgerrecht erlangen können; er bittet um gefällige Eintragung.

Mitte März veranstaltet das Gewerkschaftskartell Schkeuditz eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung mit dem Thema: Die Invalidenversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt und die Arbeiterschutz-Gesetzgebung; voraussichtlicher Referent ist Arbeitersekretär Güldenberg-Halle. Zu dieser Versammlung wird schon jetzt eingeladen.

Eingesandt.

In der Aktienbrauerei läßt das Verhalten des Maschinenmeisters Fehling sehr viel zu wünschen übrig. Seine Redensart gegen die Brauer u. Brauereiarbeiter stehen nicht in Knigges Umgang mit Menschen. Kürzlich kam es zwischen ihm und einem Brauer zu einem Wortwechsel, wobei schließlich Fehling dem in Frage stehenden Brauer, indem er sich mit der sog. Feuerzange vor ihn hinstellte, zurief: „Ich schlage Ihnen den Schädel auseinander!" In dieser Weise soll man den Arbeitern nicht noch ihr keineswegs beneidenswertes Los erschweren. Vielleicht sorgt die Direktion dafür, daß solche Szenen sich nicht wiederholen. +

Versammlungsberichte.

Holzarbeiter.

In der am 19. dss. Mts. abgehaltenen, gut besuchten General-Versammlung berichtete der Vorsitzende, Kollege Schnabel, über die Tätigkeit innerhalb der Zahlstelle im vergangenen Jahre. Es haben 25 von durchschnittlich 73 Kollegen besuchte Versammlungen, 21 Vorstandssitzungen, 2 Vertrauensmännersitzungen und 61 Werkstattbesprechungen stattgefunden. Die Mitgliederzahl ist im Laufe des Jahres von 299 auf 364 gestiegen. Aufnahmen in den Verband fanden 139 statt; daß die Mitgliederzunahme hiermit nicht gleichen Schritt hielt, erklärt die große Zahl der Abgereisten (130).

Zum 2. Punkte legte der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal und vom Jahre 1903 vor. Aus letzterer ergab sich für die

Verbandskasse		Lokalkasse	
Einnahme	5831.14 Mk.,	Einnahme	3397.69 Mk.,
Ausgabe	5484.03 „	Ausgabe	2519.91 „
Bestand	347.11 Mk.,	Bestand	882.78 Mk

Reiseunterstützung wurde aus der Verbandskasse 332 mal mit 304.58 Mk., aus der Lokalkasse 297 mal mit 156.25 Mk. gezahlt. Als größere Posten in der Ausgabe der Lokalkasse kommen in Betracht 150 Mk. nach Kassel, 60 Mk. nach Krimmitschau, 50 Mk. für andere Zwecke und 318.15 Mk. an die Kartellkasse.

Hierauf gab der Kolleg Billing einen ausführlichen Bericht über die Inanspruchnahme der Bibliothek. Es sind 302 Bücher ausgeliehen worden. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer sowohl als dem Bibliothekar Entlastung erteilt.

Beim 3. Punkte wurden die Kollegen Schnabel als Bevollmächtiger, Gruber als Kassierer und Billing als Bibliothekar per Akklamation einstimmig wiedergewählt. Als Schriftführer wurde Kollege Pollnow und als Revisoren die Kollegen Wenzel, Gröpler und Kuhles per Zettel und Enke als Ersatzmann per Akklamation gewählt.

Nachdem der Kollege Karl Krüger über die Tätigkeit der Beschwerdekommission berichtet, wurden die Kollegen Krüger, Bloch, Dietze und Lange gewählt resp. wiedergewählt.

Als Kandidat zum 5. Verbandstage in Leipzig wurde der Kollege Schnabel seitens der Zahlstelle aufgestellt. Im Anschluß hieran teilte derselbe mit, daß der Gautag am 28. Februar hier im Weißen Roß tagen wird.

Der seitens der Kollegen Hennicke und Max Krüger eingebrachte Antrag, die Versammlungen wieder Sonnabends abzuhalten, wurde nach längerer Debatte mit 55 gegen 27 Stimmen abgelehnt.

Die Erledigung einer Frage, das Anfertigen von Arbeiten nach Feierabend für Rechnung anderer betreffend, wurde nach kurzer Debatte abgebrochen und soll auf die nächste Tagesordnung gesetzt werden. (Eingeg. 25. ds.) P.

Letzte Nachrichten.

Chemnitz, 26. Jan. Zu dem Offiziersduell hier erfährt die Chemn. Allg. Ztg., daß der Gegner des getöteten Leutnants Schubert der Hauptmann v. Schröder vom Infanterie-Regiment Nr. 107 in Leipzig gewesen sei, der früher dem Regiment Nr. 177 angehörte und mit Schubert zusammen an die Unteroffiziersschule nach Marienberg kommandiert war.

Hamburg, 26. Jan. Unter der Beschuldigung, 12 000 Mark unterschlagen zu haben, wurde ein hiesiger Senatsbeamter verhaftet.

Bremen, 26. Jan. Die Kriminalpolizei verhaftete eine aus 6 Personen bestehende Falschmünzerbande.

Dortmund, 26. Jan. Der Maschinist auf der Zeche Kaiser Friedrich ließ einen Förderkorb mit 7 Bergleuten in einen Sumpf hinabgehen. 3 der Leute konnten sich selbst retten, 3 wurden wieder ins Leben zurückgerufen, 1 ertrank.

London, 26. Jan. Der Tierbändiger Lockhardt, welcher Elephanten vorführte, wurde in einem Zirkus von einem Elephanten derart an die Manege gedrückt, daß er schwer verletzt, alsbald verstarb.

Zittau, 26. Jan. Aus dem Kassenschrank des Rathauses wurden 3000 Mk. gestohlen. Der Dieb wurde in der Person eines Hilfsschreibers entdeckt und verhaftet.

Bilbao, 26. Jan. Große Ueberschwemmungen haben infolge der letzten Stürme, die von Wolkenbrüchen begleitet waren, das Land heimgesucht. In Saldama stieg das Wasser bis zum zweiten Stockwerk der Häuser, es herrscht große Not.

Pittsburg, 26. Jan. Nachrichten über eine Explosion schlagender Wetter in der Grube bei Cheswick lassen auf eine **furchtbare Katastrophe** schließen. Die Grube ist erst kürzlich eröffnet worden und galt als sehr gefährlich. Nach den Feststellungen werden **180 Grubenarbeiter vermißt.** Man glaubt, daß **keiner gerettet** wurde, da die tödlichen Gase in großen Mengen ausströmen. Das Rettungswerk kann erst beginnen, wenn wieder Luft in den Schacht eingepumpt sein wird. Die Detonation war meilenweit hörbar. Die Mündung des Schachtes wird von Frauen und Kindern der Verunglückten umringt, deren Schmerz herzzerreißend ist.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle (Nord, Burgstraße 38), 25. Januar.

Geboren: Schlosser Friedrich S. (Schleifweg 5). Oberkellner Rosenbaum S. (Wilhelmstraße 32). Kutscher Fichtel T. (Friedrichstraße 28).

Gestorben: Bohrers Zitterbart T., 1 J. (Körnerstraße 1). Schaffner Gränke, 33 J. (Friesenstraße 21). Bäckermeister Burkhardt, 33 J. (Triftstraße 26). Schuhmachermeister Naundorf, 70 J. (Breitestraße 13). Schaffners Belling S., 1 J. (Viktor Scheffelstraße 1). Arbeiters Losse Ehefrau, 26 Jahre (Henriettenstraße 37). Arbeiter Lindner aus Koswig i. Anh., 41 J. (Klinik).

Verantwortlicher Redakteur Ernst Däunig in Halle.

Was soll ich trinken?

Wer Kathreiners Malzkaffee trinkt, führt seinem Körper etwas außerordentlich Wohlbekömmliches zu. Kathreiners Malzkaffee vereinigt mit dem Wohlgeschmack und Aroma des Bohnenkaffees die vortrefflichen Eigenschaften des Malzes. Er ist im Gegensatz zum Bohnenkaffee für jede Natur, auch für die schwächlichste und für Kinder, nicht nur vollkommen unschädlich, sondern nach ärztlicher Ansicht der Gesundheit sehr zuträglich. Mit Rücksicht auf diese Eigenschaften haben besonders Familien, in denen Kinder vorhanden sind, Kathreiners Malzkaffee schon längst zu ihrem ständigen Frühstücks- und Vesper-Getränk gemacht.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190401 27-12/fragment/page=0008